



HESSSEN



Bericht aus Brüssel

12/2022 vom 17.06.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Wirtschaft.....	9
Verkehr.....	11
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	14
Finanzdienstleistungen.....	17
Finanzen.....	17
Soziales.....	18
Gesundheit und Verbraucherschutz	19
Umwelt.....	21
Landwirtschaft.....	22
Justiz.....	24
Inneres.....	24
Bildung und Kultur.....	28
Information, Kommunikation und Medien	29
Veranstaltungen.....	29
Vorschau.....	31

Kommission; Gesetzentwurf GBR zum Protokoll IRL/Nordirland

Die Regierung von GBR hat am 13.06.2022 einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher zur Nichtanwendung wesentlicher Elemente des Protokolls IRL/Nordirland führen würde. Der Gesetzentwurf würde unter anderem zur Nichtanwendung von Kernbestimmungen des Protokolls IRL/Nordirland hinsichtlich Zoll, regulatorischer Anforderungen, Beihilfe, und auch Mehrwert- und Verbrauchsteuern führen. Zudem ermächtigte er Minister der GBR-Regierung auch, weitere Bestimmungen des Protokolls nicht anzuwenden und zur Erreichung bestimmter Ziele neue Regeln im GBR-Recht zu erlassen. Der Gesetzentwurf zielt ebenfalls darauf ab, die Rolle des EuGH bei der Beilegung von Streitigkeiten zwischen GBR und der EU über die Auslegung des Protokolls zu beseitigen. Die Kommission kritisiert vor allem das einseitige Vorgehen der britischen Regierung, insbesondere die Ergreifung einseitiger Maßnahmen, welches das gegenseitige Vertrauen in höchstem Maße untergrabe. Eine Neuverhandlung des Protokolls zu IRL/Nordirland wird weiterhin seitens der EU ausgeschlossen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_3698

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen GBR und Vorschlag zu Erleichterungen im Warenverkehr GBR-Nordirland

Die Kommission hat am 15.06.2022, unter anderem als Reaktion auf den neuen Gesetzentwurf von GBR, zwei Vertragsverletzungsverfahren neu eingeleitet und eines vorangebracht. Das im März 2021 eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren wird nun durch eine mit Gründen versehene Stellungnahme in die zweite Phase übergeleitet. Das Verfahren wurde ursprünglich eingeleitet, weil GBR das Protokoll IRL/Nordirland nicht ordnungsgemäß umgesetzt hatte, vor allem im Hinblick auf die Bescheinigungsanforderungen bei der Beförderung von Agrarerzeugnissen. Es wurde 2021 im Geiste einer konstruktiven Zusammenarbeit ausgesetzt, um Raum für die gemeinsame Suche nach Lösungen zu schaffen. Die seit Februar 2022 mangelnde Bereitschaft von GBR zu sinnvollen Gesprächen und die einseitigen Maßnahmen in dieser Woche stehen laut Kommission diesem Geiste jedoch unmittelbar entgegen. Zwei neue Vertragsverletzungsverfahren wurden gegen GBR wegen Verstößen gegen gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Vorschriften der EU und Verstößen gegen die Meldepflicht von Handelsstatistiken eingeleitet. Insbesondere führt GBR laut der Kommission nicht die erforderlichen Kontrollen durch und sorgt nicht für angemessene Personalausstattung und Infrastruktur an den Grenzkontrollstellen in Nordirland. GBR wird in den Schreiben der Kommission nun aufgefordert, zügig Abhilfemaßnahmen zu ergreifen und dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen des Protokolls IRL/Nordirland wieder eingehalten werden. Zugleich legte die Kommission am 15.06.2022 weitere Einzelheiten zu möglichen Lösungen vor, um den Warenverkehr zwischen GBR und Nordirland zu erleichtern. Diese Vorschläge sollen den Weg für eine Lösung der Umsetzungsprobleme im Zollbereich und bei den gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen ebnen. Die EU schlägt ein vereinfachtes Modell für die Umsetzung des Protokolls IRL/Nordirland vor, bei dem der Warenfluss zwischen GBR und Nordirland für Waren mit endgültigem Bestimmungsort in Nordirland erheblich erleichtert wird. Diese Erleichterung soll durch eine Reihe von Schutzmaßnahmen ermöglicht werden, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Waren nicht in den EU-Binnenmarkt gelangen. Die Kommission fordert die Regierung von GBR auf, sich ernsthaft und konstruktiv mit diesen Lösungsvorschlägen zu befassen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3676

Kommission; EU Beitrittsperspektive Ukraine, der Republik Moldau und Georgien

Die Kommission empfiehlt am 17.06.2022 den 27 Mitgliedsländern der EU, der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien eine Beitrittsperspektive zu geben. Die Kommission hat gleichzeitig Stellungnahmen zu den Anträgen der drei Länder vorgelegt. Die Stellungnahmen stützen sich auf die Bewertung der Kommission anhand der drei vom ER vereinbarten Kriterienkataloge für den EU-Beitritt: politische Kriterien, wirtschaftliche Kriterien und Fähigkeit eines Landes, die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen. Die Stellungnahmen berücksichtigen auch die Bemühungen der Ukraine, Republik Moldau und Georgiens bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Assoziierungsabkommen und den zugehörigen vertieften und umfassenden Freihandelszonen, die einen wesentlichen Teil des EU-Besitzstands abdecken. Die Ukraine und die Republik Moldau sollten laut der Kommission den Status eines Beitrittskandidaten erhalten, auch wenn in einer Reihe von Bereichen noch Maßnahmen ergriffen werden müssen. Georgien sollte den Status eines Beitrittskandidaten erhalten, sobald eine Reihe von Prioritäten umgesetzt worden ist. Auf der Grundlage der Stellungnahmen der Kommission müssen die EU-Mitgliedstaaten nun einstimmig über die nächsten Schritte entscheiden. Die Anträge der drei Länder auf EU-Beitritt sollen unter Zugrundelegung der Stellungnahmen der Kommission auf der nächsten Tagung des ER am 23./24.06.2022 erörtert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3790

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des EP vom 06.-09.06.2022 in Straßburg

Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF):

Am 08.06.2022 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Ville Niinistö (GRÜNE/FIN) mit einer Mehrheit von 472 - 124 - 22 seinen Standpunkt zu einem Gesetzesvorschlag zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Verbesserung der natürlichen Kohlenstoffsenken in den Bereichen Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angenommen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

CO2-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge:

Am 08.06.2022 verabschiedeten die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP Jan Huitema (RN/NDL) ihren Standpunkt zu den vorgeschlagenen Regeln zur Überarbeitung der CO2-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge mit einer Mehrheit von 339 - 249 - 24. Mit dem angenommenen Text, der das Mandat des EP für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten darstellt, unterstützen die MdEP den Vorschlag der Kommission, bis zum Jahr 2035 eine emissionsfreie Mobilität im Straßenverkehr zu erreichen (ein EU-weiter Flottenzielwert zur Verringerung der von neuen Pkw und leichten Nutzfahrzeugen verursachten Emissionen um 100 % im Vergleich zu 2021). Die Zwischenziele für 2030 liegen bei 55% für Pkw und 50% für die Lieferwagen. Im Ergebnis bedeutet dies das Aus des Verbrennermotors bis 2035.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0234_DE.html

Ukraine: Ergebnisse des EU-Gipfels

Am 08.06.2022 diskutierten die MdEP mit den Präsidenten Charles Michel und Ursula von der Leyen die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 30./31.05.2022. Der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel und Kommissionspräsidentin

Ursula von der Leyen prangerte Russlands zynische Taktik an, Lebensmittel und den Hunger in der Welt als Waffe einzusetzen und gleichzeitig Lügen zu verbreiten, um zu verwirren und zu spalten. Sie erläuterten, wie die EU die Ukraine weiterhin im Krieg und beim Wiederaufbau unterstützen und sich für die Linderung der Nahrungsmittelknappheit einsetzen werde. Beide betonten auch, dass Russland für den Wiederaufbau der Ukraine zahlen müsse. Die MdEP begrüßten die Einigkeit der Staats- und Regierungschefs bei der Verabschiedung eines zusätzlichen Pakets von Sanktionen gegen Russland und die Entschlossenheit, die von Russland verursachte Ernährungsunsicherheit zu bekämpfen. Zahlreiche MdEP bemängelten jedoch, dass die negativen Auswirkungen des Krieges auf das tägliche Leben der EU-Bürger, insbesondere die stark gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise, nicht ausreichend thematisiert worden seien. Viele MdEP forderten, dass dies auf dem nächsten Treffen der Staats- und Regierungschefs angemessen behandelt werden müsse. Eine Reihe von MdEP warnte auch davor, die Energieabhängigkeit von einer Region der Welt in eine andere zu verlagern, da dies nur eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit wäre. Schließlich betonten mehrere MdEP die dringende Notwendigkeit, die Ukraine besser zu bewaffnen. Sanktionen seien zwar eine wirksame Waffe gegen Russland, würden aber nur langfristig wirken und nicht in den nächsten Monaten, wenn die Ukraine eine Schwächung Russlands am dringendsten benötige.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-06-08-ITM-005_DE.html

Rede von Rada-Sprecher Stefantschuk

Am 08.06.2022 appellierte der Präsident der ukrainischen Werchowna Rada (Parlament), Ruslan Stefantschuk, im Plenum an die EU, den Beitrittsantrag seines Landes zu unterstützen. EP-Präsidentin Roberta Metsola begrüßte Ruslan Stefanchuk und betonte: "Der Kampf der Ukraine für Freiheit, für Demokratie, für die Werte, die uns als Europäer verbinden, ist unser Kampf. Was die Ukraine durchmachen musste, war noch vor wenigen Monaten undenkbar, aber Ihr Volk hat die Welt inspiriert." EP-Präsidentin Metsola fügte hinzu, dass das EP die Bemühungen der Ukraine um den Status eines EU-Beitrittskandidaten weiterhin aktiv unterstützen wird. "Wir wissen, wie wichtig es ist, ein klares Signal zu senden, dass die Ukraine ihren Platz in unserer europäischen Familie hat. Wir müssen allen sagen, dass die Ukraine Europa ist", sagte sie. Stefanchuk schilderte, wie der russische Angriff auf die Ukraine sein Land und die ganze Welt schockiert habe, die Ukrainer aber schnell begriffen hätten, was sie tun müssten: sich gegen den Aggressor zusammenschließen. Er lobte Metsola dafür, dass sie als eine der ersten unter den führenden europäischen Politikern die Ukraine nach Ausbruch des Krieges besuchte, und dankte den europäischen Ländern für ihre Reaktion auf die russische Aggression, für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge und dafür, dass sie dem ukrainischen Volk in diesen dunklen Zeiten zur Seite stehen. Darüber hinaus äußerte Herr Stefanchuk den tiefen Wunsch, dass die EU den Wunsch seines Landes, den Status eines EU-Kandidaten zu erhalten, nachdrücklich unterstützt. Die Ukraine und ihr Volk bräuchten diese starke Botschaft aus Europa, betonte er und wies darauf hin, dass jedes andere politische Signal nur dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem Regime zugute käme. Er dankte auch dem EP für seine starke Unterstützung für sein Land.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-06-08-ITM-007_DE.html

Irischer Premierminister Micheál Martin sprach vor dem EP

Am 08.06.2022 fand die dritte Aussprache einer Reihe von Debatten über die EU mit dem Titel "Das ist Europa" mit dem irischen Premierminister Micheál Martin statt. Die

EP-Präsidentin Roberta Metsola erklärte, das EP habe bei verschiedenen Gelegenheiten seine Unterstützung für das Nordirland-Protokoll bekräftigt, und setze sich weiterhin uneingeschränkt für die Erhaltung des Friedens auf der irischen Insel ein. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine lobte Präsidentin Metsola die irische Regierung dafür, "dass sie als erstes Land in der EU auf die Visumpflicht für Ukrainer verzichtet und fast 30 000 vertriebene Ukrainer aufgenommen hat, die Schutz gesucht haben". Premierminister Micheál Martin hob die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft als Instrument zur Förderung von Demokratie, Frieden und Sicherheit in Europa hervor: "Ich unterstütze den Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft nachdrücklich und sehe der Stellungnahme der Kommission mit Interesse entgegen. Ich hoffe, dass es auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni möglich sein wird, dem ukrainischen Volk eine klare und positive Botschaft zu übermitteln." Martin würdigte die "absolut klare" Unterstützung des EP für das Karfreitagsabkommen. "Eine einseitige Aufhebung eines feierlichen Abkommens wäre zutiefst schädlich", sagte er und bezog sich dabei auf die laufenden Gespräche mit der britischen Regierung über das Nordirland-Protokoll. "Es wäre ein historischer Tiefpunkt, der eine Missachtung wesentlicher Rechtsgrundsätze signalisieren würde, die das Fundament der internationalen Beziehungen bilden. Und es wäre buchstäblich für niemanden von Vorteil." Zur Debatte über die Zukunft Europas sagte Martin, seine Regierung sei bereit für die Debatte und "wird daran arbeiten, unsere neue Zukunft konstruktiv zu gestalten und ist offen für Vertragsänderungen, wenn sich dies als notwendig erweist. Wir sollten jedoch zunächst das tun, was wir innerhalb des bestehenden Rahmens tun können". In ihrer Antwort auf Martins Rede bekräftigten die MdEP die Solidarität des Parlaments mit IRL bei der Bewältigung der Folgen des Brexit und betonten, dass die MdEP weiterhin die Interessen IRLs verteidigen werden. Sie betonten, dass Verhandlungen in gutem Glauben der einzige Weg seien, um eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung zu erreichen, und dass sie weiterhin besorgt über die Position und den Mangel an gutem Glauben der britischen Regierung seien. In Bezug auf die Zukunft Europas riefen sie zu einem Konvent auf, um die Anpassung und Weiterentwicklung der EU-Verträge zu ermöglichen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-06-08-ITM-003_DE.html

Zukunft Europas: Vorschläge zur Änderung der EU-Verträge

Die MdEP haben am 09.06.2022 eine erste Reihe von Änderungen der EU-Verträge und die Einsetzung eines Konvents gefordert. Die MdEP weisen nach den jüngsten Krisen darauf hin, dass die Verträge „dringend geändert“ werden müssten, um sicherzustellen, dass die Union auf künftige Krisen wirksamer reagieren könne und legten dem Rat im Rahmen des ordentlichen Änderungsverfahrens nach Artikel 48 EUV die folgenden Vorschläge vor:

Stärkung der Handlungsfähigkeit der Union durch eine Reform der Abstimmungsverfahren im Rat, einschließlich der Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit anstelle der Einstimmigkeit in den einschlägigen Bereichen wie der Annahme von Sanktionen und sogenannten Überleitungsklauseln sowie in Notfällen;

Anpassung der Befugnisse der EU, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren, bei der Vollendung der Energieunion auf der Grundlage von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien im Einklang mit internationalen Übereinkommen zur Eindämmung des Klimawandels, in der Verteidigung sowie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik;

Gewährleistung, dass die europäische Säule sozialer Rechte vollständig umgesetzt werde, und Aufnahme des sozialen Fortschritts in die Verträge, verbunden mit einem Protokoll über den sozialen Fortschritt;

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der EU-Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen und Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit sowie Förderung zukunftsorientierter Investitionen mit Schwerpunkt auf einem gerechten, ökologischen und digitalen Wandel;

Ausstattung des Parlaments mit uneingeschränkten Mitentscheidungsrechten in Bezug auf den EU-Haushalt und mit dem Recht der gesetzgeberischen Initiative sowie der Änderung oder Aufhebung von Rechtsvorschriften;

Stärkung des Verfahrens zum Schutz der Werte, auf die sich die EU gründet, und Klärung der Feststellung und der Folgen von Verletzungen der Grundwerte (Artikel 7 EUV und Charta der Grundrechte der EU). Die EntschlieÙung wurde mit einer Mehrheit von 355 - 154 - 48 angenommen.

Es sei an den Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten, auf der Tagung des Europäischen Rates mit einfacher Mehrheit über die Einsetzung eines Konvents zu entscheiden. Viele MdEP hatten gefordert, dass dies so schnell wie möglich geschehen sollte, d.h. auf dem EU-Gipfel am 23./24.06.2022, um sicherzustellen, dass die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllt und die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas so schnell wie möglich umgesetzt würden. Der Konvent sollte sich aus MdEP, Kommissaren, Abgeordneten der Mitgliedstaaten und den Staats- und Regierungschefs der EU zusammensetzen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0244_DE.html

Besorgnis über Freigabe von für 35,4 Mrd. EUR an POL durch EU-Kommission

in einer EntschlieÙung, die am 09.06.2022 mit einer Mehrheit von 411 - 129 - 31 angenommen wurde, äußert sich das EP „ernsthaft besorgt“ über die Zustimmung der Kommission zum polnischen Aufbau- und Resilienzplan in Höhe von 35,4 Mrd. EUR. Die MdEP verweisen erneut auf die bestehenden und anhaltenden Verletzungen der in Artikel 2 EUV verankerten Werte, darunter der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz, und bedauern, dass die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) den Menschen und Regionen in POL aufgrund des Vorgehens der polnischen Regierung noch nicht zugutegekommen seien. Die MdEP bekräftigen, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sowie der Vorrang des Unionsrechts nicht als Druckmittel eingesetzt werden dürften. Sie weisen darauf hin, dass die Einhaltung der EU-Werte eine Vorbedingung für den Zugang zum Aufbaufonds sei und dass der Mechanismus der Rechtsstaatlichkeit-Konditionalität uneingeschränkt auf die ARF anwendbar ist. Sie forderten den Rat mit großem Nachdruck auf, den Aufbau- und Resilienzplan POL erst dann zu billigen, wenn das Land die Anforderungen im Rahmen der ARF-Verordnung vor allem im Hinblick auf den Schutz der finanziellen Interessen der Union vor Interessenkonflikten und Betrug, sowie alle länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, vollständig erfüllt habe. POL muss auch alle einschlägigen Urteile des EuGH und des EGMR umsetzen, bevor der nationale Aufbauplan genehmigt werden könne. Die MdEP betonen auch, dass die Etappenziele und Zielwerte in Bezug auf den Schutz der finanziellen Interessen der Union verwirklicht sein müssten, bevor ein erster Zahlungsantrag eingereicht werden könne. Das EP würdigt den Beschluss der Kommission, als eine wesentliche Voraussetzung für die Freigabe von ARF-Mitteln festzulegen, dass die rechtswidrige Disziplinarkammer des Obersten Gerichts aufgelöst werde und die disziplinarrechtlichen Aufgaben einer anderen Kammer des Obersten Gerichts übertragen werden. Die MdEP bedauern, dass die Fragen im Zusammenhang mit dem unrechtmäßigen „Verfassungsgerichtshof“ und dem unrechtmäßigen Landesjustizrat in den „Etappenzielen“ nicht behandelt würden. Sie fordern die Kommission auf, in dieser Angelegenheit unverzüglich ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Schließlich erinnerten sie daran, dass die

Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung beim Einsatz von EU-Mitteln kontinuierlich bewertet werden müssen, auch um Rückschritte zu vermeiden. Die Kommission müsse davon absehen, Finanzmittel auszuzahlen, und gegebenenfalls Mittel wieder einzuziehen, wenn diese Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0240_DE.html

Türkei: Menschenrechtslage verschlechtert sich weiter

In einer Entschließung, der am 07.06.2022 mit einer Mehrheit von 448 - 67 - 107 angenommen wurde, warnen die MdEP davor, dass die Türkei trotz ihrer wiederholten Erklärungen, sie wolle Mitglied der EU werden, in den vergangenen zwei Jahren immer wieder von ihren Zusagen in Bezug auf den Beitrittsprozess abgerückt sei. Die Entschließung weist auf die anhaltende Verschlechterung der Menschenrechtssituation in der Türkei hin. Sie fordern die Kommission auf, ausreichende Mittel für pro-demokratische Bemühungen in der Türkei bereitzustellen. Die MdEP begrüßen die Bereitschaft der Türkei, im Krieg Russlands gegen die Ukraine als Vermittler aufzutreten, und betonten, wie wichtig eine gute außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei in den gegenwärtigen schwierigen Zeiten sei, und dankten dem Land für seine feste Ausrichtung auf die NATO und die EU. Das EP könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht rechtfertigen, dass es seine Position bezüglich der formellen Aussetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die seit 2018 praktisch zum Stillstand gekommen sind, änderte, so die MdEP. Durch die offene Missachtung der bindenden Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall von Osman Kavala und anderen habe die derzeitige türkische Regierung bewusst alle Bestrebungen zur Wiederaufnahme des EU-Beitrittsprozesses zum jetzigen Zeitpunkt zunichte gemacht, fügten sie hinzu. Die MdEP fordern die türkische Regierung auf, die NATO-Beitrittsanträge Finnlands und Schwedens nach bestem Wissen und Gewissen zu behandeln, sich konstruktiv an der Lösung möglicher offener Fragen zu beteiligen und keinen unangemessenen Druck in diesem Prozess auszuüben. Unter den derzeitigen ernstesten Umständen sei es wichtig, dass alle NATO-Verbündeten vorausschauend handeln und die Beitrittsprotokolle der beiden Länder rasch ratifizieren, betonen die MdEP.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0222_DE.html

Internationales Beschaffungswesen: Diskriminierung von EU-Firmen beenden

Am 09.06.2022 billigten die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU) das neue internationale Instrument, das Drittländer dazu bringen soll, ihre Märkte für öffentliche Aufträge für die EU zu öffnen. Das Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen (International Procurement Instrument, IPI) sieht Maßnahmen vor, die den Zugang von Nicht-EU-Unternehmen zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU einschränken, wenn die Regierungen dieser Länder EU-Unternehmen keinen vergleichbaren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen gewähren. Durch die Förderung der Gegenseitigkeit zielt das IPI darauf ab, diese geschützten Märkte zu öffnen und die Diskriminierung von EU-Unternehmen in Drittländern zu beenden. Im April unterstützten die MdEP im Ausschuss für internationalen Handel einstimmig die im März mit dem Rat erzielte informelle Einigung über die endgültige Form der Verordnung. Das Instrument, welches mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 554 - 7 - 14 angenommen wurde, wird der Kommission ermöglichen, je nach Ausmaß der Handelshemmnisse zu entscheiden, ob und in welchem Umfang Unternehmen aus einem Drittland einer IPI-Maßnahme unterworfen werden müssen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0241_DE.html

USA: EP verurteilt mögliche Aufhebung der Abtreibungsrechte

Die MdEP haben am 09.06.2022 mit einer Mehrheit von 364 - 154 - 37 eine Entschließung angenommen, die den Obersten Gerichtshof der USA ermahnt, das grundlegende Urteil im Fall Roe vs Wade (1973) aufrecht zu erhalten, welches das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung des Landes festschreibt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0243_DE.html

EP fordert vollwertiges Recht der gesetzgeberischen Initiative

Am 09.06.2022 forderten die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP Paulo Rangel (EVP/PTL) das Recht, Legislativvorschläge einzubringen. Dies würde die Demokratie in der EU stärken und das institutionelle Gleichgewicht wiederherstellen. Das EP fordert eine Reform des Gesetzgebungsverfahrens bei der nächsten Überarbeitung der Verträge und stellt fest, dass es als einziges direkt gewähltes EU-Organ das Recht haben müsse, Gesetze vorzuschlagen. Die MdEP wollen auch eine neue interinstitutionelle Vereinbarung mit der Kommission und dem Rat aushandeln, um Blockaden zu vermeiden, wenn das EP sein derzeitiges Initiativrecht in institutionellen Fragen nutzte. Der Bericht mit den Vorschlägen des EP wurde mit einer Mehrheit von 420 - 117 - 35 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0242_DE.html

Gewinner des LUX-Filmpreises

EP-Präsidentin Roberta Metsola hat am 08.06.2022 während einer Zeremonie in Straßburg den LUX-Publikumspreis an den Film „Quo Vadis, Aida?“ der bosnischen Regisseurin Jasmila Žbanić verliehen. „Dieser Film ist ein entschiedener Aufruf für Gerechtigkeit für die Frauen und Mütter von Srebrenica, die die grausame Ermordung von mehr als 8.000 ihrer Angehörigen miterlebt haben. Solche schrecklichen Gräueltaten und ein solches Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen niemals vergessen werden“, sagte Roberta Metsola während der Zeremonie im Plenarsaal. „Der LUX-Publikumspreis schlägt eine Brücke zwischen unserer politischen Arbeit und der kreativen Arbeit von Filmemachern in Europa. LUX-Filme sind ein künstlerisches Echo auf den Kampf für Bürgerrechte, Menschenrechte, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit“, fügte sie hinzu. Die Regisseurin und Produzentin des Films, Jasmila Žbanić, nahm den Preis entgegen und sagte: „Als ich einen Film über den Völkermord in Srebrenica vorbereitete, dachte ich, dass der Krieg in Bosnien, in Kroatien, in unserer Region der letzte in Europa war. Es hat mich schockiert, als ich sah, dass wir Europäer den Krieg in der Ukraine zulassen. Ich fordere Sie alle auf, einen Weg zu finden, den Krieg in der Ukraine zu beenden.“

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220603IPR32124/der-lux-filmpreis-2022-geht-an-quo-vadis-aida>

W i r t s c h a f t

Kommission; erstes „Just Transition Fund“ (JTF) Programm angenommen

Die Kommission hat am 16.06.2022 das erste Programm des „Just Transition Fund“ (JTF) auf den Weg gebracht. Das JTF ist ein Schlüsselinstrument, um die vom Übergang zur Klimaneutralität am stärksten betroffenen Gebiete zu unterstützen und ihnen maßgeschneiderte Hilfe zukommen zu lassen. Er wird im Rahmen der geteilten Verwaltung umgesetzt und fällt unter den Gesamtrahmen der Kohäsionspolitik, der wichtigsten EU-Politik zur Verringerung regionaler Ungleichheiten und zur Bewältigung des Strukturwandels in der EU. Auf Grundlage des von der Kommission nun angenommenen ersten JTF-Programms erhält GRI Zuschüsse von 1,38 Mrd. EUR aus

dem JTF und kann somit insgesamt 1,63 Mrd. EUR investieren, um Auswirkungen des Energie- und Klimawandels auf die lokale Wirtschaft und Gesellschaft zu mindern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_3711

EuGH; Kartell auf dem Markt für optische Laufwerke - Kommissionsbeschluss teilweise nichtig

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit Urteilen vom 16.06.2022 in den Rechtssachen C-697/19 P, C-698/19 P, C-699/19 P und C-700/19 P den Beschluss der Kommission gegen mehrere Unternehmen wegen Kartellverstöße auf dem Markt für optische Laufwerke teilweise für nichtig erklärt. Er hat jedoch die verhängten Geldbußen in Höhe von insgesamt 116 Mio. EUR nicht herabgesetzt. Der EuGH begründet seine Entscheidung damit, dass es sich bei den Zuwiderhandlungen der betroffenen Unternehmen um mehrere gesonderte Zuwiderhandlungen handelte, und die Kommission ihrer Begründungspflicht nicht hinreichend nachgekommen sei.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-697/19P>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-698/19P>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-699/19P>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-700/19P>

EuG; Geldbuße gegen Qualcomm durch Kommission für nichtig erklärt

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat am 15.06.2022 in der Rechtssache T-235/18 Qualcomm Inc. gegen die Kommission den Beschluss der Kommission, mit dem Qualcomm eine Geldbuße von rund einer Mrd. EUR auferlegt wurde, für nichtig erklärt. Das EuG hat festgestellt, dass mehrere Verfahrensfehler die Verteidigungsrechte von Qualcomm beeinträchtigt hätten und entkräftet zugleich die Analyse der Kommission bezüglich des diesem Unternehmen vorgeworfenen Verhaltens. Mit der Feststellung, dass die Kommission es versäumt habe, die fraglichen Zahlungen rechtlich hinreichend als Missbrauch einer beherrschenden Stellung zu charakterisieren, gibt das EuG dem Klagegrund der Qualcomm Inc. statt.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-235/18>

Rat; Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrat Teil Binnenmarkt und Industrie

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat am 09.06.2022 einstimmig die allgemeine Ausrichtung zur Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie verabschiedet. Mit der überarbeiteten Richtlinie soll die aktuelle Richtlinie aus dem Jahr 2008 aufgehoben und ersetzt werden. Ziel der neuen Richtlinie ist die Gewährleistung eines höheren Verbraucherschutzniveaus in einem zunehmend digitalen Umfeld ebenso wie eine Modernisierung der ehemaligen Richtlinie. Der Rat hat zudem den Fortschrittsbericht der Ratspräsidentschaft zum aktuellen Stand der Verhandlungen zum Verordnungsentwurf zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Chip-Gesetz) zur Kenntnis genommen. In der Orientierungsaussprache unterstützte der Rat die Ausrichtung des Kommissionsvorschlags, der relevante Hebel zur kurzfristigen- und langfristigen Stärkung der Produktionskapazitäten in Europa bietet. Der Rat betonte dabei die Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens auf EU-Ebene, um die derzeitige Krise bei der Halbleiterversorgung zu lösen. Schließlich wies der Rat auch darauf hin, wie wichtig es sei, internationale Partnerschaften zu entwickeln, um die Widerstandsfähigkeit und strategische Autonomie der EU zu stärken. Um dies zu erreichen, sei es wichtig, Investitionen in innovative Produktionsanlagen anzuziehen und über qualifizierte Arbeitskräfte zu verfügen. Zudem führte der Rat eine Orientierungsaussprache zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der strategischen industriellen Ökosysteme Europas. Der Rat betonte, wie wichtig auch in Anbetracht des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine die Stärkung der

Widerstandsfähigkeit der strategischen industriellen Ökosysteme in Europa sei. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Legislativinitiative zu Rohstoffen durch die Kommission sind Maßnahmen zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten, insbesondere bei kritischen Rohstoffen, erörtert worden. Abschließend hat die kommende CZR-Ratspräsidentschaft ihr Arbeitsprogramm vorgestellt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2022/06/09-10/>

Kommission; neue Handelskooperationen zwischen der EU, Ecuador, Kenia und Neuseeland

Die Handelsministerinnen und -minister der EU, Ecuador, Kenia und Neuseeland haben sich am 13.06.2022 verständigt, gemeinsam eine umfassende Koalition zum Thema Handel und Klima einzugehen. Ziel des gemeinsamen Engagements ist es, den Kampf gegen den Klimawandel in den Vordergrund der Handelspolitik zu rücken. Auf Ministerebene solle dafür der Dialog verstärkt werden, damit Handel und Handelspolitik die Pariser Klimaziele, nachhaltige Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit und ein gerechter Übergang unterstützt werden könnten.

https://policy.trade.ec.europa.eu/news/eu-teams-ecuador-kenya-new-zealand-forge-cooperation-trade-and-climate-2022-06-13_en

Rat; Sitzung des Rats Auswärtige Angelegenheiten (Handel)

Der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel) hat sich am 12.06.2022 in Genf am Rande der 12. WTO-Ministerkonferenz (WTO= World Trade Organisation) erneut getroffen. Die 12. WTO-Ministerkonferenz (MC12) hat sich mit der Reform der WTO, der Reaktion der WTO auf die Pandemie, den Verhandlungen über Fischereisubventionen, der Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sowie der Verlängerung des Moratoriums für Zölle auf elektronische Übertragungen befasst. In den Schlussfolgerungen des Rats „Auswärtige Angelegenheiten (Handel)“ zu Beginn der MC12 unterstützt dieser die Kommission in ihren Bemühungen, die MC12 zum Erfolg zu führen, und geht von einer guten diesbezüglichen Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission aus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/12/council-conclusions-at-the-start-of-the-12th-world-trade-organization-ministerial-conference/>

V e r k e h r

Rat; Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrat Teil Weltraum

Der für den Weltraum zuständige Rat hat am 10.06.2022 Schlussfolgerungen zu den Themen „Copernicus bis 2035“ angenommen. In diesen Schlussfolgerungen werden die wichtigsten Themen für die Beratungen über die Zukunft des Copernicus-Programms bis 2035 vorbereitet und politische Leitlinien für seine künftigen Entwicklungen gegeben. Zudem wurden Schlussfolgerungen zum Weltraumverkehrsmanagement angenommen. Die Schlussfolgerungen schlagen konkrete Maßnahmen vor, um sicherzustellen, dass Weltraumtätigkeiten sicher und nachhaltig durchgeführt werden. Der Rat betont darin, wie wichtig eine Stärkung der Fähigkeiten der EU zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum ist. Gleichzeitig ermutigt der Rat zu einer Koordinierung von EU-Rechtsvorschriften und -Normungen. In einer Orientierungsaussprache über die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des EU-Weltraumprogramms haben die Ministerinnen und Minister die entscheidende Bedeutung der Raumfahrt für den Schutz der europäischen Unabhängigkeit im Weltraum für die kommenden Jahre und Jahrzehnte hervorgehoben. Miteinhergehend sei den Aussagen des Rats entsprechend dabei die Gewährleistung eines sicheren und erschwinglichen Zugangs zum Weltraum. Der Rat

hat zudem über Maßnahmen beraten, die zur Stärkung der Resilienz der EU im Weltraumbereich ergriffen werden könnten. Zusätzlich hat der Rat sich mit der Frage befasst, welcher Beitrag das EU-Weltraumprogramm zur Sicherheit und zur Verteidigung leisten könne, auch in Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen.

<https://www.consilium.europa.eu/media/56972/st10070-en22.pdf>

<https://www.consilium.europa.eu/media/56974/st10071-en22.pdf>

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2022/06/09-10/>

Kommission; Konsultation zum verbesserten EU-Zertifizierungssystem für Triebfahrzeugführern

Die Kommission stellt vom 01.06. - 01.09.2022 den Vorschlag für eine Verordnung für ein verbessertes EU-Zertifizierungssystem von Triebfahrzeugführern mit Aufforderung zur Stellungnahme zu einer Folgenabschätzung öffentlich zur Konsultation. In der Verkehrspolitik der EU stellt das harmonisierte Zertifizierungssystem für Triebfahrzeugführer die Grundlage für Mindestanforderungen dar, die es ermöglichen leicht zwischen Mitgliedstaaten und/oder Eisenbahnunternehmen zu wechseln. Ziel der Initiative ist es das System zu verbessern, in dem sichergestellt wird, dass es zukunftsfähig ist, mit dem technischen Fortschritt sowie der steigenden Nachfrage nach grenzüberschreitenden Fahrten Schritt hält und den Beruf des Triebfahrzeugführers für junge Menschen abwechslungsreicher und attraktiver macht.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13169-](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13169-Triebfahrzeugfuhrer-verbessertes-EU-Zertifizierungssystem_de)

[Triebfahrzeugfuhrer-verbessertes-EU-Zertifizierungssystem_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13169-Triebfahrzeugfuhrer-verbessertes-EU-Zertifizierungssystem_de)

Kommission; Konsultation zur Bewertung der Arbeit der Eisenbahnagentur

Die Kommission stellt vom 10.06. - 02.09.2022 das Arbeitsdokument der Dienststellen der Eisenbahnagentur der EU (ERA) zur Bewertung öffentlich zur Konsultation. Die Bewertung der ERA wird von der Kommission für den Zeitraum 2016-2021 durchgeführt, da in diesem Zeitraum die Agentur die Funktion einer Zulassungs- und Zertifizierungsstelle mit der Generierung von Einnahmen übernommen hat. Die Ergebnisse der Bewertung können falls von Relevanz in mögliche Änderungen der Rolle der Agentur einfließen. Der geografische Geltungsbereich umfasst die 25 EU-Mitgliedstaaten, die Eisenbahnen betreiben. Die Bewertung wird auch die Tätigkeit der ERA in der westlichen Balkanregion im Rahmen des Vertrags zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft berücksichtigen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12619-](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12619-Eisenbahnagentur-der-EU-Bewertung-der-Arbeit-der-Agentur-durch-die-Europaische-Kommission_de)

[Eisenbahnagentur-der-EU-Bewertung-der-Arbeit-der-Agentur-durch-die-Europaische-Kommission_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12619-Eisenbahnagentur-der-EU-Bewertung-der-Arbeit-der-Agentur-durch-die-Europaische-Kommission_de)

E n e r g i e

EuGH; Gutachtenantrag zu modernisiertem Vertragsentwurf über Energiecharta unzulässig

Am 16.06.2022 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) den von BEL gestellten Gutachtenantrag (1/20) zum modernisierten Vertrag über die Energiecharta für unzulässig erklärt. Er begründet seine Entscheidung mit der verfrühten Einreichung des Antrags: Es lägen keine hinreichenden Angaben zum Inhalt der geplanten Übereinkunft vor.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62020CV0001(01)&from=EN)

[content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62020CV0001\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62020CV0001(01)&from=EN)

Kommission; Eurobarometer-Umfrage Energieautonomie eine zentrale Priorität

Nach einer am 15.06.2022 veröffentlichten Spezial-Eurobarometer-Umfrage „Zentrale Herausforderungen unserer Zeit: die EU im Jahr 2022“ spricht sich eine große Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger (81%) für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik aus. Darüber hinaus zeigt die Umfrage eine breite Unterstützung für die Ziele des „REPowerEU“-Plans: nach Ansicht von 87% der Befragten sollte die EU ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so rasch wie möglich verringern. Zudem bestätigt die Umfrage, dass die meisten Menschen in Europa (59%) der Reaktion der EU auf die russische Invasion in der Ukraine sowie der Reaktion ihrer eigenen Regierung (57%) positiv gegenüberstünden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_3756

Kommission; EU und Ägypten intensivieren Zusammenarbeit im Bereich Energie

Am 15.06.2022 haben die EU und Ägypten anlässlich des Besuchs von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ihres Treffens mit dem ägyptischen Präsidenten El Sisi eine gemeinsame Erklärung zum Thema Klima, Energie und ökologischer Wandel abgegeben. Mit der gemeinsamen Erklärung verpflichteten sich beide Seiten zu einer gemeinsamen Arbeit an einer globalen, gerechten Energiewende, an der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, an der Eindämmung von Verlusten und Schäden infolge des Klimawandels und an einer Aufstockung der Klimaschutzfinanzierung. Die Zusammenarbeit wird sich insbesondere auf erneuerbare Energiequellen, Wasserstoff und Energieeffizienz konzentrieren. Gemeinsam wird eine Wasserstoffpartnerschaft für den Mittelmeerraum entwickelt, mit dem Ziel, Investitionen in die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, den Ausbau und die Erweiterung der Stromnetze, einschließlich der transmediterranen Verbindungsleitungen, der Erzeugung erneuerbarer Energien und CO₂-armen Wasserstoffs sowie des Baus von Speicher-, Übertragungs- und Verteilungsinfrastruktur voranzutreiben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_3662

Kommission; EU-gefördertes Projekt der Ökosiedlung Friedrichsdorf: Eisspeicher macht unabhängiger von russischem Gas

Die Kommission hat am 15.06.2022 bekannt gegeben, dass im hessischen Friedrichsdorf im Taunus ein mit EU-Mitteln geförderter Eisspeicher entsteht, der ab dem Herbst rund 700 Bewohnerinnen und Bewohner mit Energie versorgt. Der Eisspeicher deckt 37% des gesamten Wärmebedarfs der Siedlung, womit die Bewohnerinnen und Bewohner im Heizbetrieb 50% im Vergleich zu anderen Versorgungssystemen sparen. Das mit rund 880.000 EUR aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung geförderte Projekt der Förderperiode 2021-2025 soll mit einer jährlichen Einsparung von etwa 207 Tonnen CO₂ dazu beitragen, die Klimaziele des Europäischen Green Deals und die im Mai vorgestellten Pläne zur Energieeinsparung aus „REPowerEU“ zu erreichen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-gefordertes-projekt-okosiedlung-friedrichsdorf-hessen-eisspeicher-macht-unabhangiger-von-2022-06-15_de

Digital

Kommission; Zusammenarbeit zwischen GEREK und der Ukraine

Die Kommission hat am 07.06.2022 beschlossen, die Ukraine am Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) zu beteiligen. Die ukrainische Regulierungsbehörde kann mit sofortiger Wirkung an der

Arbeit des GEREK-Regulierungsrates und des GEREK-Büros teilnehmen, verfügt aber nicht über ein Stimmrecht. Sie kann außerdem Sachverständige für die Teilnahme an den GEREK-Arbeitsgruppen, z.B. für Roaming, Marktregulierung und allgemeine digitale Regulierung, benennen. Dadurch soll die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine im Bereich der Konnektivität intensiviert, und der ukrainische Rechtsrahmen für Telekommunikation (TK) dem EU-Recht angeglichen werden. Grundlage für den Kommissionsbeschluss ist das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine. Es sieht die Zusammenarbeit der TK-Regulierungsbehörden vor.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-decision-ukraine-joining-work-berec>

Kommission; neue europäische Supercomputer eingeweiht und angekündigt

Ein neuer europäischer Supercomputer, „LUMI“, ist in Kajaani/FIN eingeweiht worden. Das teilten die Kommission und das Gemeinsame Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen, EuroHPC, am 13.06.2022 mit. LUMI ist der schnellste und energieeffizienteste Supercomputer in Europa und der drittschnellste der Welt. Er wurde von Hewlett-Packard Enterprise geliefert und wird von dem staatlichen finnischen Unternehmen „CSC - IT Center for Science“ betrieben. Mitglied in dem LUMI-Konsortium sind zehn europäische Länder: FIN, BEL, DNK, EST, POL, SWE, CZR sowie Island, Norwegen und die Schweiz. LUMI ist der erste Pre-Exascale-Supercomputer von EuroHPC. Er soll eine Spitzenleistung von 550 Petaflops (550 Mio. Mrd. Berechnungen pro Sekunde) haben und vollständig mit erneuerbarer Energie betrieben werden. LUMI nutzt natürliche Kühlsysteme, seine Abwärme wird etwa 20% der Fernwärme in der Stadt Kajaani ausmachen. Am 15.06.2022 kündigte EuroHPC zudem die Standorte für fünf weitere europäische Supercomputer der neuen Generation an: Der erste europäische Exascale-Supercomputer, „JUPITER“, soll in Jülich (DEU) angesiedelt werden. Die weiteren Supercomputer mit Petascale- oder Pre-Exascale-Fähigkeiten werden in GRI, HUN, IRL und POL errichtet. Am 16.06.2022 wurde zudem bekannt, dass „MareNostrum 5“, ein weiterer neuer EuroHPC Pre-Exascale-Supercomputer, in Barcelona (ESP) lokalisiert sein wird.

https://eurohpc-ju.europa.eu/index_en

F o r s c h u n g

Kommission; 118 Regionen nehmen an der „Anpassungsmission“ teil

Am 07.06.2022 hat die Kommission eine Konferenz zum Thema Anpassung an den Klimawandel in den Regionen Europas ausgerichtet. Thematisiert wurde insbesondere auch die forschungspolitische Mission Anpassung an den Klimawandel, welche von der Kommission im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa mit Förderausschreibungen finanziell unterstützt wird und an der sich Gebietskörperschaften beteiligen können. Anlässlich der Konferenz unterzeichneten 118 Regionen und lokale Gebietskörperschaften eine Charta zur EU-Mission. Vor dem Hintergrund der Zunahme von Häufigkeit und Schwere von Klima- und Wetterextremen werden für den Zeitraum 2021 bis 2023 von der Kommission rund 370 Mio. EUR aus dem Programm Horizont Europa zur Verfügung gestellt. Gefördert werden Forschungs- und Innovationsmaßnahmen für Klimaresilienz bis 2030, bspw. der Wiederaufbau von Gebieten, die von extremen Wetterereignissen betroffen sind, vertikale Landwirtschaft, neue Ansätze zu Versicherungskonzepten oder Maßnahmen für die resiliente Stadt der Zukunft.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_3527

Kommission; Ukraine; Assoziierung; Forschungsrahmenprogramm;

Die Kommission hat am 09.06.2022 eine vertiefte Kooperation mit der Ukraine im Forschungsbereich verkündet. Zum 09.06.2022 ist nach den einschlägigen Verhandlungen die Assoziierung der Ukraine zum Forschungsrahmenprogramm der EU Horizont Europa in Kraft getreten. Die von der Kommission bereits seit längerem verfolgte Assoziierung des Partnerlandes ermöglicht der ukrainischen Forschungsgemeinschaft nun Antragstellungen unter Horizont Europa. Just am ersten Tag des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, am 24.02.2022, war ursprünglich ein Votum des ukrainischen Parlaments zur Assoziierung geplant gewesen. Wegen des Krieges war dieser Assoziierungsprozess zwischenzeitlich gebremst worden, der durch die Verkündung der Mitteilung der Kommission nun aber abgeschlossen ist. Es wurde seitens der EU-Kommission eine retroaktive Geltung des Abkommens ab dem 01.01.2021 ermöglicht, um den Anwendungsbereich zu erhöhen. Freilich ist wegen des russischen Angriffs die Forschungskoooperation derzeit diffizil. Die Kooperation zwischen der EU und der Ukraine erstreckt sich auch auf das Euratom-Programm.

https://ec.europa.eu/info/news/ukraines-association-agreement-horizon-europe-and-euratom-research-and-training-programmes-enters-force-2022-jun-09_en

Rat; Forschungsrat; Internationale Kooperationen; Horizont Europa

Am 10.06.2022 hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung letztmalig unter französischem Ratsvorsitz getagt. Die Delegationen verabschiedeten in der Sitzung Schlussfolgerungen zu den Grundsätzen und Werten der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und der Innovation. Der Rat betonte, dass die internationale Zusammenarbeit von größter Bedeutung ist, um die Wirkung von Forschung und Innovation bei der Bewältigung großer globaler Herausforderungen zu verstärken. Vor dem Hintergrund der aktuellen russischen Militärangriff gegen die Ukraine wurde zudem eine Erklärung hinzugefügt, in welcher der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine und die Auswirkungen des russischen brutalen Angriffs auf die Bereiche Forschung und Innovation bedauert werden. Die Erklärung wurde auch vor dem Hintergrund verabschiedet, dass der russische Angriff sich gegen Zivilisten, aber auch wissenschaftliche Einrichtungen richtet. Der Rat erinnert in seiner Erklärung daran, dass die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie die Förderung friedlicher Beziehungen zwischen den Nationen das Fundament der internationalen Zusammenarbeit im auf dem Gebiet der Forschung und Innovation bilden. Die Verletzung dieser Grundsätze und Werte stelle eine ernste Bedrohung für die Forschenden dar.

<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/press-release-conclusions-of-the-competitiveness-council-research-and-space-10-june-2022/>

Rat; Forschungsrat; Horizont Europa; Missionen;

Am 10.06.2022 hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung Schlussfolgerungen zu den sog. europäischen Missionen verabschiedet. Missionen stellen sog. Innovationsaufträge im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa dar und sind ein übergeordnetes Ziel, um ambitionierte Forschungsziele zu realisieren, nicht zuletzt durch finanzstarke Ausschreibungen. Vier der Missionen befassen sich mit Zielen des Green Deal, die fünfte Mission mit dem Thema Krebsforschung. Der Rat forderte nun, dass die Kommission zwischen den verschiedenen Förderinstrumenten komplementäre Aktionen vorsieht. Synergien sollten u.a. mit den sog. europäischen Partnerschaften geschaffen werden. Der Rat bat die Kommission und die Mitgliedstaaten, mit den Hochschul- und Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten, um die Missionen zu beleben. Eine weitere wichtige Forderung des Rates: es sollten keine neuen Missionen innerhalb der bestehenden

Missionsbereiche lanciert werden und keine neuen Missionsgebiete entstehen, bis die laufenden Missionen positiv bewertet worden sind. Dies ist wegen Forderungen verschiedener Akteure nach möglichen neuen Forschungsgebieten relevant, etwa zum Neuen Europäischen Bauhaus.

<https://www.consilium.europa.eu/media/56954/st10124-en22.pdf>

Rat; Forschungsrat; Offene Wissenschaft; Open Science

Die Mitgliedstaaten haben auf ihrer Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrats in der Formation Forschung am 10.06.2022 auch Schlussfolgerungen zum Thema Forschungsbewertung (Research Assessment) und zur Umsetzung der Thematik „offene Wissenschaft“ verabschiedet. Durch den Ansatz der offenen Wissenschaft sollen wissenschaftliche Erkenntnisse möglichst vielen Menschen zugänglich gemacht werden. In den beschlossenen Schlussfolgerungen hat der Rat politische Impulse für gemeinsame Maßnahmen der Mitgliedstaaten in drei Schlüsselbereichen gegeben: eine Reform der Forschungsbewertungssysteme, den Aufbau von Kapazitäten für akademische Veröffentlichungen und die Förderung der Mehrsprachigkeit als Mittel zur Verbreitung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung. Hintergrund sind die Arbeiten der Kommission an einem neuen System der Bewertung von Forschungsergebnissen im Kontext der Belegung des Europäischen Forschungsraums. Der Rat weist darauf hin, dass die derzeitigen Systeme zur Bewertung der Forschung sich heutzutage in hohem Maße auf die Verwendung nur einiger quantitativer, auf Zeitschriften und Veröffentlichungen beruhender Indikatoren konzentrieren. Daher fordert der Rat den Übergang zu einem ausgewogeneren Ansatz zwischen quantitativer und qualitativer Bewertung der Forschung durch Stärkung der Indikatoren für die qualitative Forschungsbewertung und verantwortungsvoller Nutzung quantitativer Indikatoren.

<https://www.consilium.europa.eu/media/56958/st10126-en22.pdf>

EURH; Forschungsrahmenprogramm; Beurteilung Ausweitung;

Um Mitgliedstaaten mit weniger leistungsstarken Forschungssystemen zu unterstützen, hat die Kommission ein Beteiligungsinstrument für das Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 ausgearbeitet. Dieses Instrument („Widening“) ist am 15.06.2022 vom Rechnungshof in einer Analyse beurteilt worden. Insgesamt gelangt der EURH in dem Sonderbericht zu dem Schluss, dass die im Rahmen von Horizont 2020 eingeführten Ausweitungmaßnahmen insofern zweckmäßig waren, als dass viele der Ursachen für die geringe Beteiligung einiger Mitgliedstaaten an den EU-Rahmenprogrammen angingen. Allerdings können laut Rechnungshof langfristige Verbesserungen nur dann erzielt werden, wenn die nationalen Regierungen ihren Teil beitragen, wenn dem Bereich Forschung und Innovation Priorität eingeräumt werde, sowohl in Bezug auf Investitionen als auch auf mitgliedstaatliche Reformen. Der Rechnungshof empfiehlt daher der Kommission, die Fazilität für Politikunterstützung verstärkt einzusetzen und eine ausgewogenere Beteiligung von Ausweitungsländern an den Widening-Maßnahmen anzustreben. Zudem soll die Fähigkeit von Projektbegünstigten gestärkt werden, ihre Forschungsergebnisse zu nutzen.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22_15/SR_Horizon_2020_Widening_DE.pdf

Finanzdienstleistungen

EP; Ausschüsse lehnen Nachhaltigkeit von Atom und Gas im Rahmen der Taxonomie ab

In einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) und des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) am 14.06.2022 haben sich die MdEPs mit 76 zu 62 Stimmen bei 4 Enthaltungen gegen den Vorschlag der Kommission ausgesprochen, Kernenergie und Erdgas in die Liste der ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten im Rahmen der EU-Taxonomie aufzunehmen. Die MdEPs teilten nach der mehrheitlichen Ablehnung im Ausschuss mit, dass sie die Rolle von Kernenergie und fossilem Gas bei der Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung während des Übergangs zu einer nachhaltigen Wirtschaft zwar anerkennen. Sie seien jedoch der Ansicht, dass die von der Kommission in ihrem delegierten Rechtsakt vorgeschlagenen technischen Prüfstandards nicht den Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten entsprechen, wie sie in Artikel 3 der Taxonomie-Verordnung festgelegt seien. In der von den MdEPs angenommenen Entschließung wird außerdem gefordert, dass alle neuen oder geänderten delegierten Rechtsakte einer öffentlichen Konsultation und einer Folgenabschätzung unterzogen werden sollten, da sie erhebliche wirtschaftliche, ökologische und soziale Auswirkungen haben könnten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220613IPR32812/taxonomy-meps-object-to-commission-s-plan-to-include-gas-and-nuclear-activities>

Finanzen

Kommission; EU-Haushalt 2023

Die Kommission hat am 07.06.2022 einen EU-Jahreshaushalt in Höhe von 185,6 Mrd. EUR für 2023 vorgeschlagen, der durch Finanzhilfen in Höhe von schätzungsweise 113,9 Mrd. EUR im Rahmen von NextGenerationEU ergänzt werden soll. Über den EU-Haushalt werden weiterhin erhebliche Investitionen mobilisiert, um die strategische Autonomie Europas zu stärken, die derzeitige wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, Nachhaltigkeit zu gewährleisten und die Schaffung von Arbeitsplätzen anzukurbeln. Die Kommission wird Investitionen in Umweltschutz und Digitalisierung auch künftig Vorrang einräumen und gleichzeitig den dringenden Bedarf, der sich aus den jüngsten anhaltenden Krisen ergibt, bewältigen. Im weiteren Jahresverlauf will die Kommission auf der Grundlage einer genaueren Bedarfsanalyse ergänzende Vorschläge zur Finanzierung der internen und externen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine vorgelegen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3473

Kommission; Breite Unterstützung für EUR-Einführung in Nicht-EUR-Ländern

Die Kommission teilte am 10.06.2022 mit, dass durchschnittlich sechs von zehn Menschen in den EU-Staaten, die bisher den EUR nicht eingeführt haben, ihn als gemeinsame Währung wollen. Das zeige die jährliche Eurobarometer-Umfrage der Kommission in BUL, KRO, CZR, HUN, POL, ROM und SWE. In ROM sei die Unterstützung für den EUR mit 77% am größten, gefolgt von HUN mit 69%. In BUL und CZR (44%) sei sie am geringsten. Mehr als die Hälfte der Befragten meint, dass die Einführung des EUR als gemeinsame Währung positive Folgen für ihr Land hätte (55%). Allerdings glauben 56% der Befragten auch, dass die Einführung des EUR zu Preissteigerungen führen werde.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/umfrage-breite-unterstuetzung-fur-eur-einfuehrung-nicht-eur-landern-2022-06-10_de

EZB; Zinserhöhungen für Juli und September angekündigt

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 09.06.2022, den Anleihenkauf (APP) zum 01.07.2022 einzustellen. Er beabsichtigt aber, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, vollumfänglich wieder anzulegen. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Jedoch beabsichtigt der EZB-Rat, die Leitzinsen der EZB auf seiner geldpolitischen Sitzung am 21.07.2022 um 25 Basispunkte zu erhöhen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass er die EZB-Leitzinsen im September erneut anheben wird. Die Kalibrierung dieser Zinserhöhung wird von den aktualisierten mittelfristigen Inflationsaussichten abhängen. Sollten die mittelfristigen Inflationsaussichten unverändert bleiben oder sich verschlechtern, ist bei der September-Sitzung ein größerer Zinsschritt angemessen. Auf Grundlage seiner aktuellen Beurteilung geht der EZB-Rat davon aus, dass es nach September angemessen sein wird, die Leitzinsen schrittweise, aber nachhaltig weiter anzuheben.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220609~122666c272.de.html>

Soziales

Rat und EP; Vorläufige Einigung über EU Mindestlohn- Richtlinie

Am 07.06.2022 teilten die Verhandlungsführerinnen und -führer der Ratspräsidentschaft und des EPs mit, dass sie eine vorläufige Einigung über den Entwurf einer Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU erzielt hätten. Ziel ist es, mit ihr die Angemessenheit der gesetzlichen Mindestlöhne zu fördern und so dazu beitragen, menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für europäische Arbeitnehmer zu erreichen. Der Vorschlag der Kommission wurde Rat und EP am 28.10.2020 vorgelegt. Seit Anfang 2022 haben acht Verhandlungsrunden zwischen Rat und EP stattgefunden.

[Minimum wages: Council and European Parliament reach provisional agreement on new EU law - Consilium \(europa.eu\)](#)

Kommission; EU verstärkt Unterstützung für Organisationen in Ukraine

Am 07.06.2022 wurde bekannt gegeben, dass die EU direkte operative Unterstützung für Hilfsorganisationen, die in der Ukraine tätig sind, leistet. In diesem Zusammenhang hat die EU zwei Lagerhäuser in der Ukraine, in Vinnytsia und Dnipro, eingerichtet und vollständig finanziert sowie LKW-Transporte in Auftrag gegeben, um die humanitäre Hilfe zu den Bedürftigen zu bringen. Die Nutzung dieser von der EU finanzierten humanitären Dienste wird den in der Ukraine tätigen Hilfsorganisationen im Rahmen des neuen europäischen Systems für humanitäre Reaktionsfähigkeit, das derzeit von Handicap International umgesetzt wird, kostenlos angeboten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_3535

Kommission; Zweite Anhörung mit Sozialpartnern zu geplanter EU-Initiative

Am 31.05.2022 führte die Kommission die zweite Anhörung mit den Sozialpartnern zur bevorstehenden EU-Initiative zur Förderung des sozialen Dialogs durch. Während der Anhörung tauschten die EU-Sozialpartner mit der Kommission ihre Ansichten darüber aus, wie der soziale Dialog in den Mitgliedstaaten gestärkt werden könne, wobei die jüngsten und aktuellen Herausforderungen für den Dialog erörtert wurden.

Sozialpartnerorganisationen auf branchenübergreifender, sektoraler und nationaler Ebene nahmen an dem Austausch teil.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=10286&langId=en>

EP; Arbeitsgruppe "Europäische Kindergarantie" eingesetzt

Am 01.06.2022 wurde die Arbeitsgruppe "Europäische Kindergarantie" vom Beschäftigungsausschuss EMPL eingesetzt. Die Arbeitsgruppe wird die Umsetzung der nationalen Pläne zur Bereitstellung von Dienstleistungen für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen prüfen. Diese Initiative spiegelt das Engagement des EPs wider, dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten alles Notwendige tun, um Armut und soziale Ausgrenzung für die am meisten gefährdeten Kinder zu verhindern und zu bekämpfen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220601IPR31933/working-group-on-the-european-child-guarantee-launched-by-employment-committee>

Kommission; EU-Preis für Barrierefreiheit

Seit dem 13.06.2022 können sich Städte ab 50.000 Einwohner für den europäischen Preis für Barrierefreiheit bewerben. Dieser Wettbewerb wird von der Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Behindertenforum organisiert. Es werden Städte ausgezeichnet, die die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen erheblich verbessert haben und weitere Schritte planen, um Barrieren abzubauen. Für Gewinner steht ein Preisgeld von 150.000 EUR, für Zweit- und Drittplatzierte 120.000 EUR beziehungsweise 80.000 EUR zur Verfügung. Die Bewerbungsfrist endet am 08.09.2022.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-preis-fur-barrierefreiheit-staedte-können-sich-bis-8-september-bewerben-2022-06-13_de

Gesundheit und Verbraucherschutz

OSHA; Folgen für Sicherheit und Gesundheit durch Automatisierung kognitiver Arbeit

Am 02.06.2022 veröffentlichte die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) einen Bericht, in dem die Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit der Automatisierung kognitiver Aufgaben wie Entscheidungshilfe, Datenverarbeitung, Lern- und Unterrichtsunterstützung oder Sprach- und Textverarbeitung durch KI-gestützte Systeme vorgestellt werden. In diesem Bericht wird der gegenwärtige Stand der Forschung zu den Auswirkungen der Automatisierung kognitiver Aufgaben sowie die Folgen für spezielle Tätigkeiten, Berufe, Branchen und Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit bewertet. Der Bericht wird durch zwei Kurzberichte ergänzt. Der erste zeigt die wichtigsten Risiken und Chancen für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit auf, die berücksichtigt werden sollten, und enthält Empfehlungen zum Schutz der Beschäftigten. Im zweiten wird das „Gesetz über künstliche Intelligenz“ der Kommission vorgestellt, und es werden nationale Initiativen untersucht.

<https://osha.europa.eu/de/highlights/advanced-robotics-and-ai-automation-cognitive-tasks>

EMA; Rücknahme der Marktzulassung von Amfepramon empfohlen

Am 10.06.2022 hat der Sicherheitsausschuss (PRAC) der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) empfohlen, die EU-Zulassung für Amfepramon, ein Arzneimittel gegen Fettleibigkeit, zu widerrufen. Die Empfehlung folgt auf eine

Überprüfung, die ergab, dass die Maßnahmen zur Einschränkung der Verwendung dieser Arzneimittel aus Sicherheitsgründen nicht ausreichend wirksam waren. Dabei wurde festgestellt, dass die Arzneimittel länger als die empfohlene Höchstdauer von drei Monaten verwendet werden, wodurch sich das Risiko schwerwiegender Nebenwirkungen erhöhen kann. Bei der Überprüfung wurden alle verfügbaren Informationen zu diesen Bedenken berücksichtigt, darunter auch Daten aus zwei Studien über die Verwendung von Amfepramon-Arzneimitteln in DEU und in DNK. Eine direkte Mitteilung an die Angehörigen der Gesundheitsberufe, die das Arzneimittel verschreiben oder abgeben, wird zu gegebener Zeit versandt und auf einer speziellen Seite der EMA-Website veröffentlicht.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-recommends-withdrawal-marketing-authorisation-amfepramone-medicines>

Kommission; HERA sichert Affenpockenimpfstoffe für EU-Mitgliedstaaten

Am 14.06.2022 schloss HERA, die Behörde der Kommission für Gesundheitsvorsorge und -reaktion, einen Vertrag mit dem Unternehmen Bavarian Nordic über den Kauf von 109.090 Dosen ihrer Impfstoffe der dritten Generation in Reaktion auf den Affenpockenausbruch. Da die Zahl der Fälle weiter ansteigt, wird dieser Vertrag die rasche Bereitstellung von Impfstoffen für alle EU-Mitgliedstaaten (MS), Norwegen und Island ermöglichen. Die Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) der Kommission hat den Impfstoff der dritten Generation für und im Namen von HERA gekauft. HERA wird die Impfstoffe dann anteilig den EU-MS zur Verfügung stellen, beginnend mit denen, die sie am dringendsten benötigen. Dies ist das erste Mal, dass der EU-Haushalt im Rahmen des EU4Health-Programms für den direkten Kauf von Impfstoffen für die Mitgliedstaaten verwendet wird.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_3674

Kommission; Digitales COVID-Zertifikat der EU wird um ein Jahr verlängert

Die Kommission begrüßt die vorläufige politische Einigung, die EP und Rat am 13.06.2022 zur Verlängerung des digitalen COVID-Zertifikats der EU um ein Jahr erzielt haben. Die Verlängerung soll es Personen ermöglichen, ihr Zertifikat auch nach dem ursprünglichen Ablaufdatum der Verordnung am 30.06.2022 für Reisen innerhalb der EU zu verwenden. EP und Rat haben sich auch darauf geeinigt, einige zusätzliche Änderungen am System der digitalen COVID-Zertifikate der EU vorzunehmen, damit es für die Bürgerinnen und Bürger noch leichter zugänglich sein soll. Insbesondere werden die Mitgliedstaaten in der Lage sein, Bescheinigungen für Teilnehmer an klinischen Prüfungen auszustellen, und sie werden zusätzliche Arten von Antigentests anerkennen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3695

EP; Einigung auf einheitliche Ladegeräte ab 2024

Am 07.06.2022 wurde eine vorläufige politische Einigung im Trilog zwischen EP und den Mitgliedstaaten zur Revision der Funkanlagenrichtlinie erzielt: ab 2024 müssen demnach sämtliche neue Smartphones, Tablets, Digitalkameras, Videospielekonsolen, Kopfhörer, Headsets, tragbare Lautsprecher, E-Reader, Tastaturen, Mäuse, tragbare Navigationssysteme und Ohrhörer mit einem USB-C-Ladeanschluss ausgestattet sein. Frist für Laptops ist 2026. Entsorgte und ungenutzte Ladegeräte tragen nach Angaben der Kommission jedes Jahr zu rund 11.000 Tonnen Elektroschrott bei. Die neue Regelung soll Ressourcen und CO2 einsparen und gleichzeitig technologische Innovationen, wie das kabellose Laden, vereinheitlichen. Gleichzeitig bietet sie den europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Komfort und jährliche Einsparungen in Höhe von 250 Mio. EUR.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220603IPR32196/deal-on-common-charger-reducing-hassle-for-consumers-and-curbing-e-waste>

Kommission; geänderte Nutzungsbedingungen von WhatsApp

Die Kommission hat am 08.06.2022 gemeinsam mit dem Netzwerk der nationalen Verbraucherschutzbehörden (CPC) einen formellen Brief samt Aufforderung an das Unternehmen WhatsApp Inc./Meta Platforms gesendet. Geklärt werden soll nach der Aufforderung des CPC-Netzwerks u.a., ob die Verbraucherinnen und Verbraucher ausreichend Gelegenheit erhalten, sich mit den geänderten Nutzungsbedingungen des Messengerdienstes Whatsapp vertraut zu machen, bevor sie diese akzeptieren und ob die Verbraucher hinreichend klar über die Folgen ihrer Entscheidung informiert werden. Die Kommission hat aktuell Bedenken, dass diese geänderten Nutzungsbedingungen und Datenschutzrichtlinien von WhatsApp nicht mit dem EU-Verbraucherschutzrecht vereinbar sind. WhatsApp hat nun einen Monat Zeit, um den Verbraucherschutzbehörden nachzuweisen, dass seine Praktiken mit dem EU-Verbraucherrecht vereinbar sind.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/geanderte-nutzungsbedingungen-eu-kommission-drangt-whatsapp-zur-einhaltung-des-eu-2022-06-08_de

U m w e l t

Kommission; Konsultation; Schwermetalle in Fahrzeugen

Die Kommission stellt vom 03.06.2022 bis zum 01.07.2022 den Entwurf einer delegierten Richtlinie zur Aktualisierung der Ausnahmen in Anhang II der Altfahrzeugrichtlinie 2000/53/EG zur Konsultation. Derzeit dürfen Fahrzeuge und Fahrzeugteile, die in der EU in Verkehr gebracht werden, kein Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertiges Chrom enthalten. Die aktuell geltenden Ausnahmen erlauben aber die Verwendung von Blei in Aluminiumlegierungen, Kupferlegierungen und Batterien. Die Richtlinie sieht vor, dass zum Zwecke der Anpassung an den Stand der Technik die Liste der Ausnahmen für Schwermetalle in Fahrzeugen regelmäßig überprüft wird.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13006-Schwermetalle-in-Fahrzeugen-die-verschrottet-werden-sollen-aktualisierte-Liste-der-Ausnahmen_de

Kommission; Jahresbericht; Badegewässer

Am 03.06.2022 hat die Kommission ihren turnusmäßig veröffentlichten Jahresbericht über Badegewässer vorgelegt. Der Bericht zeigt auf, dass im Jahr 2021 laut Kommission fast 85% der Badegewässer in Europa die strengsten Anforderungen der EU für die Wasserqualität erfüllten und somit als „ausgezeichnet“ gelten, in DEU sind es demnach sogar 90%. Von den 2.291 deutschen Badestellen haben 2.071 eine „ausgezeichnete“, 130 eine „gute“ und 38 eine „ausreichende“ Qualität. Lediglich 14 Badestellen (0,6%) wurden mit „mangelhaft“ bewertet. Alle EU-Mitgliedstaaten sowie Albanien und die Schweiz überwachen ihre Badestellen gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Badegewässerrichtlinie der EU. Die Bewertung wurde von der Europäischen Umweltagentur (EUA) in Zusammenarbeit mit der Kommission vorgenommen und bezieht sich auf 21.859 Badestellen für das Jahr 2021.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_3434

EP; Erhöhung des Zielwerts für Kohlenstoffsenken bis 2030

Am 08.06.2022 hat das EP seinen Standpunkt zu einem Gesetzesvorschlag zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Verbesserung der natürlichen

Kohlenstoffsinken in den Bereichen Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) festgelegt. Die MdEP unterstützen mehrheitlich die Erhöhung des ursprünglichen Zielwerts für Kohlenstoffsinken in den Bereichen Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft und erhöhen damit das EU-Treibhausgasreduktionsziel für 2030 von 55% auf 57%. Sie schlugen außerdem vor, von 2026 bis 2030 eine Ausnahmeregel einzuführen, die den Mitgliedstaaten zur Verfügung steht, die ihre jährlichen Ziele aufgrund sogenannter "natürlicher Störungen", z.B. Waldbränden, nicht erreicht haben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220603IPR32133/fit-for-55-parliament-agrees-to-higher-eu-carbon-sink-ambitions-by-2030>

Kommission; Elektrogeräte; Ausnahmen Korrosionsschutz; Konsultation

Die Kommission hat am 10.06.2022 den Entwurf einer delegierten Richtlinie zur Änderung von Anhang III der Richtlinie 2011/65/EU in Bezug auf eine Ausnahme für sechswertiges Chrom als Korrosionsschutzmittel in Gasabsorptionswärmeanlagen zur Konsultation gestellt. Gemäß der Richtlinie über die Beschränkung gefährlicher Stoffe (RoHS) wird die Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten beschränkt. Auf Antrag können in bestimmten Fällen befristete Ausnahmen gewährt werden, sofern die erforderlichen Kriterien eingehalten werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13419-Elektrogerate-sechswertiges-Chrom-als-Korrosionsschutzmittel-in-Gasabsorptionswarmepumpen-RoHS-Ausnahme- de>

Kommission; überarbeitete Definition von Nanomaterialien

Die Kommission präzisiert die Definition von Nanomaterialien in einer neuen Empfehlung vom 10.06.2022, die im Rahmen der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit erarbeitet wurde. Die Empfehlung soll einen kohärenten EU-Rechtsrahmen für Nanomaterialien unterstützen und dazu beitragen, die Rechtsvorschriften in allen Sektoren anzugleichen. Die neue Definition soll nach dem Willen der Kommission in europäischen und nationalen Gesetzgebungen, Politik und Forschungsprogrammen verwendet werden.

https://environment.ec.europa.eu/news/chemicals-commission-revises-definition-nanomaterials-2022-06-10_en

L a n d w i r t s c h a f t

Agrarrat; Marktlage; WTO-Standards; Lage in der Ukraine;

Am 13.06.2022 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei unter französischem Ratsvorsitz. Die Delegationen befassten sich u.a. mit dem Bericht der Kommission vom 03.06.2022 über die Anwendung von Gesundheits- und Umweltstandards auf in die EU importierte Agrar- und Lebensmittelprodukte. Aus dem Bericht geht hervor, dass Maßnahmen im Einklang mit den Standards der Welthandelsorganisation (WTO) in multilateralen Foren, in bilateralen Handelsabkommen oder durch autonome Maßnahmen umgesetzt werden können, wenn eine Produktionsnorm in die europäischen Verordnungen aufgenommen wird. Zur Debatte stehen Reziprozitätsmaßnahmen bezüglich EU-Standards. Die Ratsdelegationen begrüßten den Bericht mehrheitlich und betonten die Wichtigkeit der gegenseitigen Prüfung, u.a. im Bereich des Tierschutzes. Der französische Vorsitz betonte allerdings, dass die EU nicht von neuen Maßnahmen profitiere, „wenn die für unsere Landwirte geltenden höheren Standards letztlich zu einem Rückgang unserer Produktion und einem Anstieg der Importe führen, die nicht unbedingt den gleichen Anforderungen entsprechen“. Der Rat betonte auf der Sitzung auch die Bedeutung der internationalen

Koordinierung, um eine globale Reaktion im Bereich der Ernährungssicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang forderten 16 Ratsdelegationen die Kommission dazu auf, den Grundsatz vorübergehender Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die für 2022 eingeführt worden sind, für die Dauer des Wirtschaftsjahres 2023 zu verlängern. Die Ministerinnen und Minister bestätigten, dass die EU bei den meisten landwirtschaftlichen Rohstoffen dank der GAP autark sei und dass mit der GAP zur globalen Ernährungssicherheit beigetragen werden könne. Es sei sowohl für die Bevölkerung der Ukraine als auch zur Verbesserung der Lage an den internationalen Märkten dringend erforderlich, dass das eingelagerte Getreide vor der nächsten Ernte nun aus der Ukraine heraus befördert werden könne. Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides betonte zudem, dass ein global nachhaltiges Lebensmittelsystem wichtig sei, um langfristig Ernährungssicherheit zu garantieren. Zentral seien u.a. der Schutz der biologischen Vielfalt und die Verringerung der Auswirkungen von Pestiziden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2022/06/13/>

Kommission; Plattform für Agrarexporte aus der Ukraine

Um alternative Transportwege für ukrainische Agrarprodukte zu finden, hat die Kommission eine „Matchmaking“-Plattform geschaffen, durch die Wirtschaftsakteure in der EU und der Ukraine einfacher zusammenarbeiten können. Die am 03.06.2022 veröffentlichte Maßnahme ist Teil des Ende Mai verabschiedeten Notfallplans für den Verkehrssektor und soll die Ernährungssicherheit gewährleisten sowie alternative Route zu den von Russland blockierten Seehäfen schaffen. Die Kommission, die Mitgliedstaaten, die ukrainischen Behörden und Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertreter arbeiten zudem weiter am Aufbau von Solidaritätskorridoren, die Lebensmittelexporte aus der Ukraine über verschiedene Landwege und EU-Häfen ermöglichen sollen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommissionsplattform-bringt-wirtschaftsakteure-zusammen-um-agrarexporte-aus-der-ukraine-zu-2022-06-03_de

Kommission; Umwelt- und Tierschutzstandards; importierte Agrarerzeugnisse

Die Kommission hat am 03.06.2022 einen Bericht über die Anwendung von EU-Gesundheits- und Umweltstandards auf importierte landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel veröffentlicht. Der Bericht, der auf eine Forderung von EP und Rat zurückgeht, erläutert die Instrumente, die der EU als weltweit drittgrößten Importeur von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen zur Verfügung stehen, um Nachhaltigkeitsstandards für die Produktion von Importen zu fördern. Der Bericht identifiziert drei Aktionsbereiche mit dem die Gesundheits-, Umwelt- und Tierschutzstandards weltweit angehoben werden können: multilaterale Gremien, bilaterale Zusammenarbeit und Handelsabkommen und autonome EU-Maßnahmen.

https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/international-affairs_en

Kommission; Zollfreiheit für landwirtschaftliche Produkte; Republik Moldau

Die Kommission hat am 09.06.2022 einen Verordnungsentwurf vorgeschlagen, der für sieben bestimmte Waren aus der Republik Moldau ein Jahr Zollfreiheit ermöglichen soll. Die Liberalisierung der Einfuhren in die EU würde den moldauischen Herstellern dabei helfen, die aufgrund von Russlands Krieg gegen die Ukraine erlittenen Marktverluste zu überwinden.

<https://ec.europa.eu/newsroom/representations/redirection/item/749269/de/188>

Rat der Justizministerinnen und Justizminister am 09.06.2022

Am 09.06.2022 fand der Justiz-Rat statt. Gegenstand der Sitzung waren insbesondere folgende Themen: Vorgehen der Justiz angesichts der Lage in der Ukraine, Rechte des Kindes, Umweltkriminalität, Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen; Datenschutz bei internationalen Datenübermittlungen sowie E-Evidence.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2022/06/09-10/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Justice+and+Home+Affairs+Council

EuG-Urteil; Verfall der Apple-Marke THINK DIFFERENT

Der EuG hat am 08.06.2022 in den verbundenen Rechtssachen T-26/21, T-27/21 und T-28/21 (Apple / EUIPO - Swatch) entschieden, dass Apple Inc. die zu ihren Gunsten für die Warengruppen Computerprodukte und Multimediaerzeugnisse eingetragene Marke THINK DIFFERENT innerhalb eines ununterbrochenen Zeitraums von fünf Jahren nicht ernsthaft benutzt hat, so dass das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) aufgrund eines entsprechenden Antrags der Swatch AG den Verfall der angegriffenen Marken erklären durfte.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-26/21>

Innere

Kommission; EU-Vorschriften zur Entfernung terroristischer Online-Inhalte gelten unmittelbar

Die Kommission hat am 07.06.2022 bekanntgeben, dass die EU-Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte nun unmittelbar in den Mitgliedstaaten gilt. Mit der Verordnung werde u.a. ein Rechtsrahmen geschaffen, mit dem die Entfernung terroristischer Online-Inhalte durch Anbieter von Hostingdiensten innerhalb einer Stunde sichergestellt werde, so die Kommission. Gleichzeitig würden die neuen Vorschriften die Rechenschaftspflicht und Transparenz in Bezug auf die Entfernung terroristischer Online-Inhalte stärken. Sie sähen zudem eine Vielzahl von strengen Vorkehrungen zum Schutz vor einer irrtümlichen Entfernung rechtmäßiger Online-Inhalte vor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_3479

EP; Zweiter Teil der Europol-Reform verabschiedet

Das Plenum des EP hat am 08.06.2022 seine Position zum zweiten Teil der Überarbeitung der Europol-Verordnung angenommen. Dabei geht es um neue Befugnisse hinsichtlich Fahndungen über das Schengener Informationssystem (SIS). Die MdEP haben die neuen Regeln mit 470 zu 118 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen. Europol soll nun in die Lage versetzt werden, den Mitgliedstaaten Fahndungen vorzuschlagen, welche Drittstaatsangehörige betreffen, so dass diese in das SIS aufgenommen werden und die jeweils zuständigen Beamten zur Terrorabwehr frühzeitig darauf zugreifen können.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220603IPR32160/europol-new-powers-on-schengen-information-system-sis-alerts-approved-by-meps>

Kommission; Weitere 205 Mio. EUR an humanitärer Hilfe für Ukraine geplant

In unmittelbarem Zusammenhang mit einem Besuch des für Krisenmanagement zuständigen Kommissars Janez Lenarčič hat die Kommission am 09.06.2022 erklärt, dem Land weitere 205 Mio. EUR für humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen zu wollen.

Insgesamt würden sich die finanzielle humanitäre Hilfe der EU und der Gegenwert der Sachleistungen für die Ukraine auf über 700 Mio. EUR belaufen. 13 Mio. EUR seien für Projekte in der Republik Moldau bestimmt. Neben der finanziellen Unterstützung hat die EU ihr Katastrophenschutzverfahren aktiviert sowie ihre Notfallreserve rescEU mobilisiert. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3549

Rat; Innenministerinnen und -minister bringen Teile des Asyl- und Migrationspakts sowie Schengen-Reform auf den Weg

Am 10.06.2022 trafen sich in Luxemburg die Innenministerinnen und -minister zu ihrem regulären Ratstreffen. Die Ministerinnen und Minister unterstützten die erste Phase des von der französischen Ratspräsidentschaft vorgeschlagenen „Schritt-für-Schritt“-Ansatzes im Bereich Migration und Asyl. Konkret verständigten sie sich auf allgemeine Ausrichtungen zur Screening- und Eurodac-Verordnung. Hinsichtlich des geplanten Solidaritätsmechanismus verständigte sich der Innenrat auf eine unverbindliche Solidaritätserklärung, die durch Einrichtung einer entsprechenden Solidaritätsplattform umgesetzt werden soll. Zudem wurde eine allgemeine Ausrichtung zur Reform des Schengener Grenzkodexes festgelegt. Mit dieser Reform sollen neue Instrumente zur Bekämpfung der Instrumentalisierung von Migrationsströmen eingeführt, ein neuer Rechtsrahmen für Maßnahmen an den Außengrenzen im Falle einer Gesundheitskrise geschaffen, der Rechtsrahmen für die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen modernisiert und alternative Maßnahmen zu diesen Kontrollen eingeführt werden. Darüber hinaus zogen die Ministerinnen und Minister eine Bilanz der Umsetzung des Zehn-Punkte-Plans zur Stärkung der europäischen Koordinierung der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und nahmen die allgemeine Ausrichtung für zwei Rechtsakte an: eine Richtlinie über den Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden und die Verordnung über den automatisierten Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit („Prüm II“).

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2022/06/09-10/>

Rat; Schlussfolgerungen zum Schutz der Europäerinnen und Europäer vor Terrorismus angenommen

Der Rat hat am 09.06.2022 Schlussfolgerungen über den Schutz der Europäerinnen und Europäer vor Terrorismus angenommen, in denen Ergebnisse und nächste Schritte dargelegt werden. Konkret ersucht er in seinen Schlussfolgerungen die Mitgliedstaaten (MS), die Beratungen über den wirksamen Austausch von Informationen über ausländische terroristische Kämpfer, die eine ernsthafte Bedrohung darstellen, fortzuführen und fordert die Behörden auf, Einreiseverbote für Drittstaatsangehörige, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen, zu erlassen und diese Einreiseverbote weiterhin in das Schengener Informationssystem einzugeben. Zudem werden die MS aufgefordert, Handlungsmöglichkeiten auszuloten, wie Personen und Organisationen, die Radikalisierung betreiben, beschränkt werden können. Im Fokus stehen dabei v.a. Einreiseverbote und deren gegenseitige Anerkennung durch die MS. Schließlich betont der Rat die Notwendigkeit, die Beratungen über den Zugang zu digitalen Daten fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf gespeicherte Verbindungsdaten, verschlüsselte Daten und künstliche Intelligenz. Er ersucht ferner die Kommission, die Möglichkeit einer Gesetzgebungsinitiative zur Festlegung von Mindestvorschriften für die Definition von Straftaten und die Festlegung von Sanktionen im Bereich des illegalen Waffenhandels zu prüfen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/09/council-adopts-conclusions-protect-europeans-from-terrorism/>

Rat; Allgemeine Ausrichtung zur Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht angenommen

Am 09.06.2022 hat der Rat in einer allgemeinen Ausrichtung seine Position für die Trilogverhandlungen mit dem EP zu dem Kommissionsvorschlag, die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht in eine eigenständige Agentur umzuwandeln, festgelegt. Der Verordnungsvorschlag vom 12.01.2022 sieht u.a. die Möglichkeit zur Intervention der neuen Agentur vor, wenn gefährliche Substanzen in den Verkehr gelangen. Überdies sollen die nationalen Kontaktstellen verpflichtet werden, relevante Daten und Informationen der Agentur zur Verfügung zu stellen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/09/eu-drugs-agency-council-adopts-negotiating-mandate-strengthening-its-role/>

Frontex; Immer mehr Menschen kehren in die Ukraine zurück

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 09.06.2022 bekanntgegeben, dass immer mehr Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in ihr Heimatland zurückkehren. Allein in den letzten zehn Tagen hätten durchschnittlich 37.000 Ukrainer pro Tag die Mitgliedstaaten in Richtung Ukraine und Moldau verlassen. Damit übersteige die Zahl der Rückkehrer die der Ankünfte aus der Ukraine. Insgesamt seien seit Beginn des Krieges über 2,5 Mio. Ukrainer in ihr Heimatland zurückgekehrt. Das größte Aufkommen an Rückkehrern bestehe an den Grenzen der Ukraine zu POL und ROM. Der Druck an den polnischen und rumänischen Grenzen werde durch die russische Blockade der Getreideexporte aus der Ukraine über die Seehäfen noch verstärkt, da alternative Landrouten erkundet würden. Frontex überwache jedoch weiterhin die Flüchtlingsströme, um Grenzübertritte zu erleichtern und bei der Errichtung von Evakuierungskorridoren zu unterstützen. Insgesamt würden 481 Beamte und Mitarbeiter von Frontex entlang der gesamten östlichen Landgrenze der EU eingesetzt. Frontex zufolge sind seit Beginn des Krieges 5,5 Mio. ukrainische Staatsangehörige in die EU geflohen. Die Gesamtzahl der Vertriebenen, einschließlich der nicht-ukrainischen Staatsangehörigen, betrage 7,3 Mio.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/more-people-continue-to-return-to-ukraine-UjZVYP>

EUAA; Länderbericht über Russland als Herkunftsland von Asylbewerbern

Die Asylagentur der EU (EUAA) hat am 09.06.2022 einen Länderbericht über Russland als Herkunftsland von Asylbewerbern veröffentlicht. Demnach seien nach dem Einmarsch in die Ukraine am 24.02.2022 im März 2022 schätzungsweise über 300.000 russische Staatsangehörige aus Russland geflohen. Die Daten deuteten darauf hin, dass die meisten russischen Emigranten in den Südkaukasus, in zentralasiatische Länder sowie in die Türkei und die EU-Mitgliedstaaten gereist seien. Die Asylanträge von Russen hätten sich bereits im März gegenüber Februar verdoppelt (1.400) und den höchsten Stand seit August 2018 erreicht.

<https://euaa.europa.eu/publications/country-intelligence-report-russia-country-origin>

ENISA; Cybersicherheitsübung zur Resilienz bei Attacken auf den Gesundheitssektor

Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) hat am 09.06.2022 bekanntgegeben, dass sie eine zweitägige Cybersicherheitsübung durchgeführt habe, um die Reaktionsfähigkeit bei Cyberangriffen auf Infrastrukturen und Dienste des Gesundheitswesens in der EU zu testen. Am ersten Tag sei eine Desinformationskampagne mit manipulierten Laborergebnissen und einen Cyberangriff auf europäische Krankenhausnetzwerke simuliert worden. Am zweiten Tag habe man das Szenario zu einer EU-weiten Cyber-Krise mit der drohenden Veröffentlichung persönlicher medizinischer Daten und einer weiteren Kampagne, die

darauf abzielte, ein implantierbares medizinisches Gerät mit einer angeblichen Schwachstelle zu diskreditieren, eskalieren lassen. An der europaweiten Übung hätten insgesamt 29 Staaten aus EU und EFTA sowie EU-Agenturen und -Institutionen teilgenommen. Die Teilnehmer der Übung hätten sich zufrieden mit der Art und Weise gezeigt, wie mit den Vorfällen umgegangen und wie auf fiktive Angriffe reagiert worden sei. Die ENISA kündigte an, eine tiefer gehende Analyse in dem Bericht über die Nachbereitung der Aktion zu veröffentlichen.

<https://www.enisa.europa.eu/news/enisa-news/cyber-europe-2022-testing-the-resilience-of-the-european-healthcare-sector>

Frontex; Aktuelle Zahlen zur illegalen Migration: Verdreifachung der Ankünfte auf Westbalkanroute

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 13.06.2022 Zahlen zur irregulären Migration an den EU-Außengrenzen veröffentlicht. Den Berechnungen zufolge seien allein im Zeitraum von Januar bis Mai dieses Jahres 86.420 irreguläre Einreisen (ohne Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine) in die EU festgestellt worden. Das seien 82 % mehr als im gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Die am stärksten betroffene Migrationsroute ist laut Frontex die Westbalkanroute. Hier seien im Erhebungszeitraum 40.675 illegale Grenzübertritte registriert worden, was nahezu die Hälfte aller irregulären Einreisen ausmache. Auch habe sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdreifacht. Die am häufigsten vertretenen Nationalitäten auf der Westbalkanroute seien nach wie vor Syrer und Afghanen. Häufig hätten sich die festgestellten Personen bereits einige Zeit vor ihrer Einreise in die EU in Staaten des westlichen Balkans aufgehalten. Im Vergleich hierzu sei das Niveau auf der zentralen Mittelmeerroute mit 16.828 Aufdeckungen relativ stabil geblieben, was einem Plus von 15% zum Vorjahr entspräche. Am häufigsten reisten laut Frontex Personen aus Ägypten, Bangladesch und Tunesien über die zentrale Mittelmeerroute illegal in die EU ein. Ganz anders stelle sich die Situation im östlichen Mittelmeer dar. Hier sei die Zahl der illegalen Grenzübertritte um 116% zum Vorjahr angestiegen (13.668 Aufdeckungen). Besonders betroffen sei CYP, wo zwei von drei illegalen Grenzübertritten stattgefunden hätten. Die meisten Migranten auf dieser Route stammten aus Nigeria, Syrien und der Demokratischen Republik Kongo (Kinshasa). Des weiteren konstatiert Frontex einen Anstieg der illegalen Migration an der EU-Ostgrenze (2.155 Aufdeckungen, was einer Vervierfachung entsprechen soll) und auf beiden Seiten des Ärmelkanals (+ 122% im Vergleich zum Vorjahr).

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/eu-external-borders-in-may-detections-in-western-balkan-region-more-than-double-gsEhc8>

EuRH; Sonderbericht; Freizügigkeit in der EU; COVID-19

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat untersucht, wie die Kommission die Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen und die von den Mitgliedstaaten während der COVID-19-Pandemie eingeführten Reisebeschränkungen überwacht. Er kommt in seinem Sonderbericht vom 13.06.2022 zu dem Schluss, dass die Begrenzungen des Rechtsrahmens die Kommission bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion in Bezug auf die von den Mitgliedstaaten verhängten Freizügigkeitsbeschränkungen behindert haben. Außerdem hat die Kommission die Vereinbarkeit der Kontrollen an den Binnengrenzen mit den Schengen-Rechtsvorschriften nicht angemessen geprüft. Trotz der Initiativen der Kommission waren die Reisebeschränkungen der Mitgliedstaaten nach Auffassung des EuRH weitgehend unkoordiniert.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=61240>

Kommission; EU unterstützt Flüchtlingshilfe in Türkei mit weiteren 50 Mio. EUR

Die Kommission hat am 14.06.2022 angekündigt, in der Türkei befindliche Flüchtlinge mit einem Betrag von weiteren 50 Mio. EUR unterstützen zu wollen. Konkret sollen die Mittel dafür eingesetzt werden, spezialisierte Gesundheitsdienste zu finanzieren und dazu beizutragen, Schutzfragen wie Rechtsberatung, psychosoziale Unterstützung und Zugang zu Personenstandsunterlagen anzugehen. Schätzungen zufolge beherbergt die Türkei ca. 4 Mio. Flüchtlinge – davon allein 3,7 Mio. aus Syrien.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3678

EuGH; Generalanwalt: Eheschließung hindert Anerkennung als „unbegleiteter Minderjähriger“ nicht

Generalanwalt Szpunar hat 16.06.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-230/21 zu der Frage vorgelegt, ob eine von ihr eingegangene Ehe eine als Flüchtling anerkannte Minderjährige daran hindert, als „unbegleitete Minderjährige“ angesehen zu werden und gemäß der Familienzusammenführungs-Richtlinie das Recht auf Familienzusammenführung mit ihrem Verwandten in aufsteigender Linie ausüben zu können. Der Generalanwalt vertritt in seinen Schlussanträgen die Auffassung, dass die einschlägigen Vorschriften der Familienzusammenführungs-Richtlinie nicht dahin ausgelegt werden könnten, dass ein Minderjähriger, der sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufhält, unverheiratet sein muss, um als „unbegleiteter Minderjähriger“ im Sinne dieser Richtlinie angesehen werden zu können und infolgedessen das in Art. 10 Abs. 3 Buchst. a der Richtlinie vorgesehene Recht auf Familienzusammenführung mit seinem Verwandten in aufsteigender Linie ausüben zu können. Die Situation der Ehen von Minderjährigen sei besonders heikel, da unweigerlich die Gefahr bestehe, dass es sich um Zwangsehen handele und dass damit besonders schwere Grundrechtsverletzungen im Raum stünden. Aus dem Wortlaut der beiden Richtlinienbestimmungen ergebe sich kein Anhaltspunkt für eine Absicht des Gesetzgebers, das Recht auf Familienzusammenführung unbegleiteter Minderjähriger auf unverheiratete Minderjährige zu beschränken.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=261005&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8252513>

Bildung und Kultur

Rat; Green Deal; Lernen für grünen Wandel

Der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz hat am 16.06.2022 eine Empfehlung verabschiedet, wonach die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Strategien und Programme zum Lernen für den grünen Wandel und die nachhaltige Entwicklung anzuregen und zu unterstützen. Dies sei von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass Lernende aller Altersgruppe das Wissen entwickeln, nachhaltiger zu leben, die in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt erforderlichen Kompetenzen aufzubauen und Maßnahmen für eine nachhaltige Zukunft zu ergreifen. Den Mitgliedstaaten wird unter anderem empfohlen, das Lernen für den grünen Wandel und die nachhaltige Entwicklung als eine der Prioritäten in der Politik und in den Programmen der allgemeinen und beruflichen Bildung festzulegen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/16/council-adopts-recommendation-to-stimulate-learning-for-the-green-transition/>

Rat; Rat empfiehlt europäischen Ansatz für Microcredentials

Am 16.06.2022 hat der Rat empfohlen, einen europäischen Ansatz für Microcredentials zu verfolgen, um das lebenslange Lernen zu fördern. Insbesondere geht es um eine einheitliche Definition, Standards und Grundprinzipien bei der

Gestaltung und Ausstellung von Microcredentials, die EU-weit Gültigkeit haben. Microcredentials dokumentieren Lernergebnisse, die Lernende im Rahmen einer weniger umfangreichen Lerneinheit erzielt haben. Mit diesem neuen Instrument würde es EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die vor erheblichen demografischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen stehen, ermöglicht, die Vorteile individuell angepasster Lern- und Berufswege zu nutzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/06/16/council-recommends-european-approach-to-micro-credentials/>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; neuer Förderaufruf zum Schutz der Medienfreiheit

Die Kommission hat am 03.06.2022 im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Höhe von 4,1 Mio. EUR für die Überwachung und den Schutz der Medienfreiheit und des Medienpluralismus veröffentlicht. Davon werden 1 Mio. EUR für die weitere Stärkung der Position der Medienräte und die Entwicklung journalistischer Standards bereitgestellt. Die übrigen 3,1 Mio. EUR sollen die Fortführung des EU-Schnellreaktionsmechanismus zum Schutz bedrohter Journalisten nach 2023 sicherstellen. Der Schnellreaktionsmechanismus umfasst konkrete Instrumente wie juristische, logistische oder finanzielle Unterstützung, die es bedrohten Journalisten ermöglichen, ihre berufliche Tätigkeit fortzusetzen. Gemeinnützige Organisationen, internationale Organisationen, Universitäten, Bildungseinrichtungen und Forschungszentren in der EU und in assoziierten Ländern, einschließlich der Ukraine, können bis zum 20.09.2022 Vorschläge einreichen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-launches-eu41-million-call-monitor-and-defend-media-freedom-and-pluralism>

Kommission; überarbeiteter Verhaltenskodex gegen Desinformationen

Die Kommission hat am 16.06.2022 einen überarbeiteten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation veröffentlicht. Sie hatte seit längerem eine Stärkung des Kodex von 2018 angemahnt, dafür im Mai 2021 Leitlinien vorgelegt und die Unterzeichner des Kodex zu einer entsprechenden Revision aufgefordert. Die Unterzeichner des überarbeiteten Kodex verpflichten sich u.a., die Verbreitung von Desinformationen zu demonetarisieren, die Verbreitung von Desinformationen über Werbeanzeigen zu unterbinden, politische Werbung als solche kenntlich zu machen, manipulative Maßnahmen wie sog. Fake-Accounts anzugehen und Forschenden sowie Faktenprüfern besseren Zugang zu Daten zu gewähren. Ferner wird eine permanente Task Force unter Vorsitz der Kommission eingerichtet, die die Umsetzung des Kodex begleitet und auch die Notwendigkeit von weiteren Überarbeitungen diskutiert. Den Kodex von 2018 haben Google, Meta (Facebook), Microsoft, Mozilla, TikTok, Twitter, Mozilla, sowie Vertreter der Werbebranche unterzeichnet.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2022-strengthened-code-practice-disinformation>

Veranstaltungen

„Design is never neutral“-Abendveranstaltung und Matinée in der Landesvertretung in Brüssel

Im Rahmen des New European Bauhaus (NEB) Festival hat in der Landesvertretung Hessen in Brüssel die Eröffnung der Ausstellung „Design is never neutral“ am

09.06.2022 stattgefunden. Die über 200 Gäste sind bei der Abendveranstaltung durch Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Philipp Nimmermann begrüßt worden, der in seiner Rede auf die Bedeutung der kulturellen Übersetzung des europäischen „Green Deals“ eingegangen ist. Der Staatssekretär lobte die Vielfalt der Ideen, die durch die Wettbewerbe entstanden sind. Er warb dafür, dass Design nicht als schöne Schleife an einem Produkt, sondern für den gesamten Prozess gedacht sei und entsprechend selbstbewusst auftreten solle. Durch den Abend führte Cornelia Dollacker, Fachliche Leiterin und Kuratorin Hessen Design. In seinem Impuls ging Michael Schumacher, Architekt und Gründer des Architekturbüros schneider + schumacher, auf die Herausforderungen an Architektur und Design des Neuen Europäischen Bauhauses ein. Er erläuterte Werke, die sein Büro verantwortet und die schon immer einen großen Bezug zum Motto des NEB „beautiful, sustainable, together“ hatten und haben. Als besonders gelungenes Projekt im Sinne des NEB-Gedankens stellte er die Erweiterung des Städel Museums in Frankfurt heraus. Während der Abendveranstaltung wurden mit Anerkennungen und Preisen ausgezeichnete Designs des Hessischen Staatspreises Universelles Design 2022, die Arbeiten der PreisträgerInnen der Hessen Design Competition 2022 sowie Projekte des German Design Awards in der Kategorie Newcomer 2022 vorgestellt. Die Preisträger standen am Abend und am nächsten Tag für die Besucher als Ansprechpartner zur Verfügung. Am 10.06.2022 fand eine Matinée mit Podiumsdiskussion und einer Runway-Show zur Präsentation der Projekte der Preisträger am Hessischen Staatspreis für Universelles Design, der Hessen Design Competition und des German Design Awards statt. Durch das Programm führte Hr. Lutz Dietzold (CEO German Design Council). Im Kern der Diskussion stand die Umsetzung von Ideen in der Wirtschaft und die Probleme dabei gerade von jungen Designern. Das Programm wurde durch vier Designtalks mit jungen Designtalenten und Experten des German Design Council und Hessen Design zu den Themen Mode, Verkehr, Gesundheit – Demografischer Wandel und Kommunikation abgerundet.

Gedankenaustausch mit MdEPs zur AMLA-Bewerbung

Am 15.06.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung der hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesministerium der Finanzen Dr. Florian Toncar ein Gedankenaustausch mit MdEPs der relevanten Ausschüsse im EP über die deutsche Bewerbung mit Frankfurt am Main für den Sitz der neuen EU-Behörde zur Geldwäschebekämpfung (AMLA) statt. Staatssekretär Toncar betonte die gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und der Stadt Frankfurt. Zudem stellte er die tragenden Argumente dar, die Frankfurt als Standort für die AMLA attraktiv machen. Angefangen von der Qualität der oft international ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Nähe zur EZB und der damit verbundenen Verzahnungen im Bereich der Aufsicht bis hin zur Erfahrung mit dem Aufbau von Agenturen.

Basel-Umsetzung in Ausnahmezeiten – Suche nach der richtigen Balance

Am 15.06.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung der hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich, dem Institut der deutschen Wirtschaft und dem Bundesverband deutscher Banken eine Veranstaltung mit dem Titel „Basel-Umsetzung in Ausnahmezeiten – Suche nach der richtigen Balance“ statt. Dabei wurde nach einer Einführung durch Dr. Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Banken mit dem Berichterstatter im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) zu dem Bankenpaket Jonás Fernández (S&D/ESP), Dr. Marcus Chromik, Chief Risk Officer bei der Commerzbank, James Watson, Director Economics bei BusinessEurope über die Umsetzung der Baseler Beschlüsse aus dem Jahr 2017 in europäisches Recht

diskutiert. Bei der von Sandra Parthie, Leiterin Büro Brüssel vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, moderierten Veranstaltung standen u. a. das Rating von Unternehmen, Übergangsregelungen für Immobilienfinanzierungen und die Risikogewichtung für bestimmte Kredite im Mittelpunkt der Diskussion.

16. Health Lunch in der hessischen Landesvertretung in Brüssel

Am 15.06.2022 fand der jährliche Health Lunch nach zweijähriger Präsenzpause wieder in der Landesvertretung Hessen in Brüssel statt. Der Verband der Chemischen Industrie e.V, VCI, veranstaltete das Event in Kooperation mit dem Land Hessen und dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie, BPI. In diesem Rahmen wurden aktuelle Fragestellungen der EU Gesundheits- und Arzneimittelpolitik erörtert. Nach der Begrüßung durch Gregor Disson (VCI Hessen) und Julia Rumsch (BPI) boten von Seiten der Kommission Dr. Florian Schmidt (DG SANTE) und Kristin Schreiber (DG GROW) einen Ausblick auf künftige Initiativen, insbesondere im Bereich der ungedeckten medizinischen Bedarfe und Arzneimittel für Kinder. MdEP Tiemo Wölken (S&D/DEU) berichtete von den vordringlichen Dossiers im EP. Sabine Kossebau, Referatsleiterin des Bereiches Gesundheit in der ständigen Vertretung, fasste die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Rat der Gesundheitsminister und Gesundheitsministerinnen zusammen, der am Vortag getagt hatte. Schwerpunkt war die Diskussion über den Kommissionsvorschlag für einen europäischen Gesundheitsdatenraum.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

23./24.06.2022	Ukraine in allen Dimensionen Beitrittsanträge Ukraine/Moldau/Georgien Wider Europe Konferenz zur Zukunft Europas Wirtschaftsthemen, inkl. Beitritt KRO zu Eurozone, ggfs. auch Energiethemen Außenbeziehungen, ggfs. Verteidigung
----------------	---

Rat

20.06.2022	Rat Auswärtige Angelegenheiten
21.06.2022	Rat Allgemeine Angelegenheiten
24.06.2022	Eurogipfel
23.06.2022	EU-Westbalkangipfel
27.06.2022	Rat Verkehr, Telekommunikation, Energie (Energie)
28.06.2022	Rat Umwelt

Europäische Kommission

- 22.06.2022 Gemeinsame Mitteilung zum Internationalen Seerecht
Naturschutzpaket
Nachhaltige Verwendung von Pestiziden – Überarbeitung
der EU-Bestimmungen
Schutz der Biodiversität:
Naturwiederherstellungsziele
Überarbeitung von Handels- und nachhaltiger Entwicklung
- 29.06.2022 Strategischer Zukunftsbericht 2022

Europäisches Parlament

EP-Plenarsitzung vom 22. - 23.06.2022

Befristete Sonderunterstützung im Rahmen des ELER als
Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine
Überarbeitung des Emissionshandelssystems der EU
Klima-Sozialfonds
CO₂-Grenzausgleichssystem
Was Europa ausmacht – Aussprache mit dem
Premierminister Kroatiens, Andrej Plenković
Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am
23./24. Juni 2022 und des Treffens mit den Staats- und
Regierungschefs des westlichen Balkans am 23. Juni -
Erklärungen des Rates und der Kommission
Status der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens
als Bewerberländer - Erklärungen des Rates und der
Kommission
Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige
Entwicklung
Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität
Maßnahmen zur Integration im Rahmen des Programms
Erasmus+ 2014–2020
Bericht 2021 über Montenegro
Die Zukunft der Handelsbeziehungen zwischen der EU
und Afrika
Die Zukunft der Auslandsinvestitionspolitik der EU
Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2022:
Finanzierung der Kosten für die Aufnahme von
Flüchtlings aus der Ukraine
Gasspeicher
Die Beziehungen der russischen Regierung und
Diplomatennetzwerke zu rechts- und linksextremistischen
europäischen Parteien im Zusammenhang mit dem Krieg -
Erklärungen des Rates und der Kommission
Ansprache von Hakainde Hichilema, Präsident der
Republik Sambia
Einwand gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 GO:
antimikrobielle Wirkstoffe oder Gruppen derselben, die der

Behandlung bestimmter Infektionen beim Menschen vorbehalten bleiben

Einwand gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 GO:
genetisch veränderter Mais der Sorte DP4114 x MON 810 x MIR604 x NK603 und genetisch veränderte Maissorten, in denen zwei oder drei der Transformationsereignisse DP4114, MON 810, MIR604 und NK603 kombiniert werden

Einwand gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 GO:
genetisch veränderter Mais der Sorte NK603 x T25 x DAS-40278-9 und die Unterkombination T25 x DAS-40278-9 4

Digitales COVID-Zertifikat der EU – Unionsbürger
Digitales COVID-Zertifikat der EU – Drittstaatsangehörige

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2022/001 FR/Air France – Frankreich - Bericht: Fabienne Keller

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2021/008 EL/Attica electrical equipment manufacturing –

Griechenland - Bericht: Bogdan Rzońca

Benennung eines Mitglieds des Rechnungshofs

Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien

Beitritt der Europäischen Union zum Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

Illegaler Holzeinschlag in der EU

Ausschuss der Regionen

- | | |
|----------------|--|
| 21.06.2022 | SEDEC-Fachkommissionssitzung
Die Zukunft der Jugendpolitik in der EU
(Meinungsaustausch) |
| 23./24.06.2022 | CIVEX-Fachkommissionssitzung
Überarbeitung der Governance des Schengen-Raums
(Abstimmung)
Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität (Abstimmung)
Förderung der Klimadiplomatie auf subnationaler Ebene im Vorfeld der COP 27 und der COP 28 (Abstimmung) |
| 29./30.06.2022 | 150. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen
Entschließung zu den Vorschlägen des Europäischen Ausschusses der Regionen zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2023
Die neue Strategie der EU für die Arktis
Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit |

Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021–2030)
 Erweiterungspaket 2021
 Erläuterung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas und ihrer Folgemaßnahmen
 Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden
 Grüner Wandel – Verhältnis zwischen sozialer Akzeptanz und Umwelterfordernissen aus dem Blickwinkel der Städte und Regionen im Interesse der Schaffung resilienten Gemeinwesen
 Umweltgerechte Haushalte auf lokaler und regionaler Ebene
 Europäisches Datengesetz

Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht

Europäischer Gerichtshof

- | | |
|------------|--|
| 20.06.2022 | Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-688/21 Confédération paysanne u.a. (Zufallsmutagenese in vitro)
Mutagenese |
| 21.06.2022 | Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-817/19 Ligue des droits humains
Übermittlung, Speicherung und Verarbeitung von Passagierdaten |
| 21.06.2022 | Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-704/20 und C-39/21 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Haftprüfung von Amts wegen)
Umfang der richterlichen Prüfung bei Abschiebehäft |
| 22.06.2022 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-661/20 Kommission / SLK (Schutz des Auerhahns)
Schutz von Wäldern und des Auerhahns in der SLK |
| 22.06.2022 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-267/20 Volvo und DAF Trucks
Schadensersatzklage gegen Kartellbeteiligte |
| 28.06.2022 | Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-278/20 Kommission / ESP (Verstoß des Gesetzgebers gegen Unionsrecht)
Staatshaftung für Unionsrechtsverstöße in ESP |
| 28.06.2022 | Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-204/21 Kommission / POL (Unabhängigkeit und Privatleben von Richtern)
Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts u.a. |

- 28.06.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-615/20 YP u.a. und C-671/20 M. M. (Aufhebung der Immunität und Suspendierung eines Richters)
Richterliche Unabhängigkeit in POL
- 29.06.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-181/21 G. und C-269/21 BC und DC (Ernennung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit in POL)
Richterliche Unabhängigkeit in POL
- 30.06.2022 Urteil des Gerichtshofs in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-72/22 PPU Valstybės sienos apsaugos tarnyba
Von Belarus organisierter massiver Zustrom von Drittstaatsangehörigen
- 30.06.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-192/21 Comunidad de Castilla y León
Verbot der Diskriminierung befristet Beschäftigter
- 30.06.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den beiden Rechtsmittelsachen C-176/19 P Kommission / Servier u.a. und C-201/19 P Servier u.a. / Kommission
Wettbewerbsverstöße im Zusammenhang mit dem Medikament Perindopril
- 30.06.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-34/21 Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer
Datenschutz bei Livestreamunterricht

Europäisches Gericht

- 22.06.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-584/19 ThyssenKrupp / Kommission
Untersagung der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch Tata Steel und ThyssenKrupp
- 22.06.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-657/20 Ryanair / Kommission (Finnair II; Covid 19)
Beihilfen für Finnair angesichts der Coronakrise
- 22.06.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-797/19 Anglo Austrian AAB und Belegging-Maatschappij "Far-East" / EZB
Entzug der Bankzulassung
- 22.06.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-182/21 PKK / Rat

Einfrieren von Geldern im Rahmen der
Terrorismusbekämpfung

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 01.07.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA

